

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

Dezember 2008/3+4

Diktaturvergangenheit 1933 – 1989 und Extremismus heute

Gedanken zur Zeitgeschichte und Gegenwart

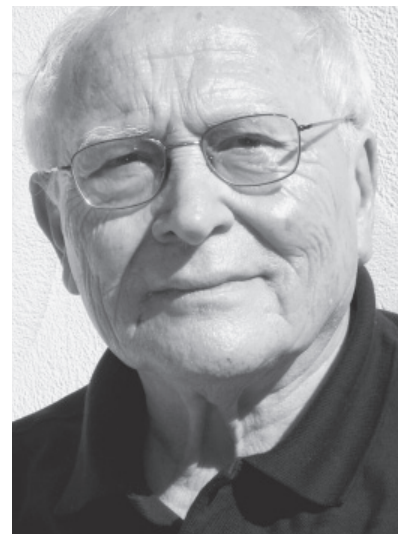
Von Waldemar Ritter

Wer die Frage nach den Zukunftschancen gelebter Demokratie in Deutschland und Europa stellt, muss aussprechen, was ist - beharrlich und unbequem, auch die Fragen an unsere Geschichte und welche Folgerungen wir daraus ziehen. Worum es geht, sind die beiden Totalitarismen und die aus der historischen Erfahrung des gesamten letzten Jahrhunderts resultierende besondere Aufgabe Deutschlands in Europa. Wenn wir unsere Zukunft in Freiheit und Demokratie menschlich gestalten wollen, wenn wir nicht wollen, dass Unrecht, Unfreiheit, Grausamkeit und die alltägliche Verletzung der Menschenwürde wiederkehren, ist es notwendig, uns unserer Vergangenheit bewusst zu werden. Dies um so mehr, nachdem die Europäische Union die Staaten Mittelost-

europas aufgenommen hat, deren überwiegende und anrührende Begeisterung nicht nur den legitimen ökonomischen Bedürfnissen nach Jahrzehnten der Ausbeutung durch kommunistische Machteliten, sondern ebenso dem Freiheitsdrang, der Aufbruchstimmung – „Yes we can“ – entsprang.

Herausforderung für die Deutschen

Mit dem ehemaligen spanischen Kulturminister und Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald, Jorge Semprun, müssen wir uns „vor Augen führen, welche Rolle Deutschland zukommt, nicht nur aufgrund der geopolitischen Lage, sondern vor allem aufgrund der Singularität der historischen Erfah-



*Dr. Waldemar Ritter
Politologe, Historiker und Ministerialdirigent a. D. war von 1967 bis 1997 für Fragen der Deutschlandpolitik und die innerdeutschen Kulturangelegenheiten der Bundesregierung verantwortlich. Er ist Autor grundlegender Bücher zu Kunst, Kultur und Geschichte sowie Politik, Staat und Gesellschaft. Ritter hat 1967 mit Ernst Eichengrün die erste Streitschrift gegen den Rechtsextremismus und die NPD verfasst.*

Fritz E. Gericke
**Hammer, Zirkel,
Hakenkreuz**

Seite 5

**Achim Beyer zum
Ungarnaufstand
1956**

Seite 15

Inhaltsverzeichnis

Waldemar Ritter Diktaturvergangenheit 1933 – 1989 und Extremismus heute	Seite 1
Impressum	Seite 2
Fritz E. Gericke Hammer, Zirkel, Hakenkreuz	Seite 5
Antisemitismus bekämpfen, jüdisches Leben fördern	Seite 8
Hans-Jürgen Grasemann Die Todesautomatik Film über Michael Gartenschläger	Seite 9
Ernst Eichengrün Die 68er – Dompteure des Zeitgeistes	Seite 11
Gerald Wiemers Siegfried Bärsch 1920 – 2008	Seite 14
Aus dem BWV-Bayern	
Achim Beyer zum Jahrestag des Ungarnaufstandes 1965	Seite 15
Neuerscheinungen	Seite 19

rungen während des ganzen letzten Jahrhunderts.“ Deutschland hat höchst intensive Erfahrungen mit beiden Totalitarismen gemacht. Es bieten sich klare Voraussetzungen zum Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus im Sinne ihrer inhumanen Zielsetzung und der Anwendung der Mittel, im totalen Herrschaftsanspruch und Führungsprinzip sowie ihrer Ausschließlichkeitsideologien. Wir müssen, wie Richard Schröder sagt, „schon deshalb von den beiden deutschen Diktaturen sprechen, damit wir nicht noch einmal das Falsche aus der Geschichte lernen“. Denn wer keine Verantwortung für die eigene Geschichte übernimmt, sollte auch keine Verantwortung für die Zukunft übernehmen.

Was heute in Deutschland keiner von sich weisen darf, ist die verknüpfte Auseinandersetzung mit der doppelten Diktaturvergangenheit und dem heutigen Extremismus. Das ist die notwendige und vollständige Aufarbeitung der Zeitgeschichte. In der DDR war die Aufarbeitung wesentlicher Aspekte der Nazidiktatur nicht möglich, weil die SED die NS-Herrschaft vor allem zur Rechtfertigung ihrer eigenen Diktatur benutzt hat. Die SED-DDR-Geschichte ist nicht hinreichend aufgearbeitet, und zwar in ganz Deutschland nicht. Auch der zeitgeschichtliche, der gesellschaftliche und politische Zusammenhang

zwischen NPD und der Partei „Die Linke“ wird noch immer nicht genügend beachtet, zum Teil sogar ignoriert oder gar brüsk zurückgewiesen.

Manchem erscheint auf den ersten Blick die These unverständlich, dass Linksaußen und Rechtsaußen etwas miteinander zu tun haben. Wir sind es gewohnt, das politische Spektrum auf einer geraden Linie darzustellen – und da liegen sie natürlich völlig auseinander. Doch wir sollten uns an die Sozialphilosophin Jeanne Hersch halten, die dem Spektrum die Form eines Kreises gab, dessen Enden sich zwar nicht treffen, aber wie bei einer Spirale eng übereinander liegen. In diesem Schema haben die beiden Extreme viele Gemeinsamkeiten: in der Haltung zur Demokratie, zu Europa, zur westlichen Wertegemeinschaft, aber auch in der bedenkenlosen Demagogie.

Zu erinnern ist an das Jahr 1967, als die NPD 18 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik in einige Landtage zog und mit 4,3 Prozent relativ knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte. Die Verdrängungen der Nazis und ihrer Mitläufer von damals erinnern in fataler Weise an die Verdrängungen der „Linken“ von heute – 19 Jahre nach dem Fall der Mauer. Die Klischees sind bekannt: Bei Hitler war doch nicht alles schlecht; er hat Autobahnen gebaut und Arbeiter mit „Kraft durch Freude“ erstmals

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., Vorsitzender: Bertold Kamm,
Schlaunstraße 21, 90480 Nürnberg.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089/1576813.

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 20. 01. 2009

Wir danken für Ihre Spenden, verehrte Leserinnen und Leser, und bitten um weitere Unterstützung in 2008

In der vorigen Ausgabe, August 2008/1+2, wurde an gleicher Stelle die finanzielle Situation unserer Vierteljahresschrift im Jahr 2008 geschildert. Wir baten um Spenden und haben welche bekommen. Allen, die etwas überwiesen haben, danken wir herzlich. Die Spendenquittung kommt rechtzeitig zum Jahresende. Ebenso offen teilen wir Ihnen mit, dass es noch nicht reicht. So bitten wir alle Empfängerinnen und Empfänger unseres Periodikums, die sich dieses Mal nicht beteiligen konnten, und nur diese, daran zu denken, dass viele kleine Beiträge – das gigantische Beispiel Obama hat es bestätigt – stärker helfen als wenige ganz große. Tausend Spenden zu 3,00 € sind möglich, zehn zu

300,00 € nicht. Der Herausgeber, Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., ist vom zuständigen Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Sie erhalten eine Spendenquittung.

Bitte überweisen Sie Ihre Spende an:

FREIHEIT UND RECHT,

**Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchener Bank.**

Jeder einzelne EURO hilft. Wir versichern Ihnen, dass alle Spendenbeträge nur für Herstellung und Versand der Zeitschrift verwendet werden und danken schon jetzt für Ihre Unterstützung.

Der Herausgeber

in Ferien geschickt; bei Ulbricht und Honecker war doch nicht alles schlecht; es gab sichere Arbeitsplätze, Krippen und Jugendweihe... Der Holocaust wird von den Neonazis ausgeblendet oder relativiert, sogar klammheimlich bejubelt. Das Unrecht, die Unterdrückung und die Zustände der SED-Diktatur seien nur „Fehler“, denen man nach Ansicht des letzten SED-Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow „nicht einen dominierenden Platz einräumen“ sollte. Wirklich nicht? Die Verdränger lernen oft das Falsche aus ihrer eigenen Geschichte. Bis heute hat sich die politische und moralische Rechtsnachfolgerin der SED, die Partei „Die Linke“ nicht von politischen Lügen, nicht einmal von der Lüge des „Antifaschismus“ der SED, gelöst. Darüber ist hier bereits kompetent geschrieben worden (vgl. Hermann Weber: Der „Antifaschismus“-Mythos der SED, FREIHEIT UND RECHT, März 2005/1, S. 1 ff.).

Das Gewebe von Heuchelei und Lüge, mit dem das Leben im Kommunismus, einschließlich „real existierender Sozialismus“ der DDR durchsetzt und überzogen war, hat Wacław Havel 1989 in einem Essay eindrucksvoll beschrieben:

„... Die Macht der Bürokratie wird Macht des Volkes genannt; im Namen der Arbeiterklasse wird die Arbeiterklasse versklavt; die allumfassende Demütigung des Menschen wird für seine definitive Befreiung ausgegeben; Isolierung von der Information wird für den Zugang zur Information ausgegeben; die Ma-

nipulierung durch die Macht nennt sich öffentliche Kontrolle der Macht, und die Willkür nennt sich die Einhaltung der Rechtsordnung; die Unterdrückung der Kultur wird als ihre Entwicklung gepriesen; die Ausbreitung des imperialen Einflusses wird für die Unterstützung der Unterdrückten ausgegeben; Unfreiheit des Wortes für die höchste Form der Freiheit; die Wahlposse für die höchste Form der Demokratie; Verbot des unabhängigen Denkens für die wissenschaftliche Weltanschauung; Okkupation für brüderliche Hilfe. Die Macht muss fälschen, weil sie in ihren eigenen Lügen gefangen ist. Sie fälscht statistische Daten. Sie täuscht vor, dass sie keinen allmächtigen und zu allem fähigen Polizeiapparat hat, sie täuscht vor, dass sie die Menschenrechte respektiert, sie täuscht vor, dass sie niemanden verfolgt, sie täuscht vor, dass sie keine Angst hat, sie täuscht vor, dass sie nichts vortäuscht.“

Widerstand und Verfolgung

Exemplarisch für die Verfolgung stehen Menschen. Es hat lange gedauert, bis viele Schüler wenigstens wussten, wer die Weiße Rose, wer die Geschwister Scholl gewesen sind. Aber kennen sie auch Herbert Belter, den Leipziger Studenten, der 1951 verurteilt und erschossen wurde, weil er Flugblätter verteilt und freie Wahlen gefordert hat? Weil er vor Gericht bekannte: „Ich habe mich illegal betätigt, weil ich unzufrieden war mit der Situation an der Leipziger Universität. Wir hatten

keine Gewissensfreiheit, keine Redefreiheit und keine Pressefreiheit.“ Stellvertretend für die Ermordeten, die Erniedrigten und Beleidigten nenne ich die in Bautzen ermordeten 2220 Sozialdemokraten, darunter diejenigen, die zuvor jahrelang in den Nazi-Zuchthäusern eingesperrt waren, zum Beispiel: Karl Franke aus Crimmitschau, Arno Groß aus Gera, Artur Lorenz aus Cottbus und Carl Rudolf aus Chemnitz. Ebenso die früheren Gewerkschaftssekretäre Hermann Meise aus Görlitz und Julius Scherf aus Berlin, der 1948 im Speziallager Sachsenhausen starb.

Die langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) und ehemalige Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, verstorben am 3. März 2008, hatte in dieser Zeitschrift festgestellt: „In unseren Reihen sitzen sie heute nebeneinander, die vom 17. Juni 1953 mit denen – neun Jahre vorher – vom 20. Juli 1944. Aus Nebeneinander wird Miteinander im gemeinsamen Kampf gegen Diktatur. ... Antidemokratische Bestrebungen sind nicht mit den beiden Diktaturen in Europa untergegangen. Sie leben fort und treten uns Demokraten heute und sicher auch weiterhin, oftmals getarnt oder schleichend und dann wieder in unverschämter Offenheit gegenüber, gleich ob in Gestalt des aktuellen Links- und Rechtsextremismus oder als politischer und krimineller Isla-

Diktaturvergangenheit

mismus. Kluger und kenntnisreicher Kampf gegen den Extremismus ist daher heute wie vor achtzig Jahren eine der großen Überlebensfragen der im demokratischen Verfassungsstaat garantierten Freiheit.“

Aktuelle Gegner der Demokratie

Der Linkspartei muss man allein schon den Namen streitig machen. Es handelt sich um eine reaktionäre Partei. Sie ist im Kern antiwestlich, antiaufklärerisch, antiliberal, antisozialdemokratisch und europafeindlich. Sie erhält deshalb vom NPD-Vorsitzenden und anderen Neonazis wiederholt ausdrückliches Lob.

Heute wendet die Verliererpartei der revolutionären Umwälzung von 1989 ihre Ressentiments gegen die demokratischen Parteien. Vor diesem Hintergrund ist es hoch problematisch, mit der aus der KPD über SED, SED-PDS, PDS und Linkspartei hervorgegangenen und mit westdeutschen, einst von der DDR ausgehaltenen Splittergruppen wie DFU und DKP, aber auch K-Gruppen und WASG angereicherten „Die Linke“ zu kooperieren. Dazu gehören auch Leute wie Jürgen Elsässer, der außenpolitische Berater Lafontaines aus der so genannten Querfront, einer im Kern Rechtsaußen-Ideologie, die ein thematisches Bündnis zwischen Rechts- und Linksradikalen anstrebt. Ihre politischen Überzeugungen treffen sich in einem vehementen Anti-Amerikanismus, einer einseitigen, maßlosen Israelkritik, dem Kampf gegen die zwangsläufige Globalisierung und einer anti-europäischen Grundhaltung. Sie treffen sich in der verkrusteten, bereits in der wilhelminischen Kaiserzeit vor 1914 kultivierten Abneigung gegen die westliche Demokratie.

Die Linkspartei ist nicht nur zu bekämpfen, weil sie radikal, sondern weil sie reaktionär ist und kein zweifelsfreies Verhältnis zu den Grundwerten der Demokratie hat. Die „Linke“ hat noch gar nicht bemerkt, was der Fall der Mauer für die ganze Welt bedeutet. Sie hat bis heute nicht realisiert, dass 1989 die größte Revolution in Europa seit der französischen Revolution 200 Jahre zuvor stattgefunden hat; vom Stali-

nismus und dem „real existierenden Sozialismus“ der DDR ist außer dem harten Kern der „Linken“ und seinem beachtlichen Wirken in andere Bereiche hinein nicht viel übrig geblieben.

Den Opfern der Diktatur verpflichtet

Nachhaltige Auseinandersetzung beginnt mit der Klarheit der Begriffe. Nicht „Rechts“ oder „Links“, nicht „kapitalistisch“ oder „sozialistisch“ sind die Alternativen unserer Zeit, sondern demokratisch oder antidemokratisch. Der Ausgangspunkt, an dem alle, auch alle Parteien, gemessen werden, ist die Demokratie. Es sind die vorstaatlichen Grund- und Freiheitsrechte, die der Staat nicht zu gewähren, sondern zu schützen hat. Es sind die Wahl oder die Abwahl einer Regierung, Gewaltenteilung, Machtkontrolle und freie Öffentlichkeit. Dafür haben die meisten Widerständler gegen die Nazis und gegen die SED-Diktatur gekämpft. Dafür haben wir ihnen, dafür hat Deutschland ihnen zu danken. Sie haben sich um Freiheit und Demokratie in unserem Land verdient gemacht.

Die Widerständler sind Protagonisten unserer Demokratie. Diese Demokratie ist ihre Heimat. Wir müssen sie so gestalten, dass sie erfahren, wofür sie gekämpft und gelitten haben. Wir müssen uns mit den Opfern solidarisieren und niemals mit den Tätern. Je länger die Zeit vergangen ist, desto weiter weg ist, was geschah. Die Zeitzeugen haben noch an Körper und Seele erlebt, was es heißt, in einer Diktatur zu leben. Sie haben die Erfahrungen in ihrem Gedächtnis. Für die junge Generation ist es so, als ob sie sich vom Weltraumsatelliten aus ein Bild machen, das gar nicht mehr unterscheiden kann zwischen Stasi und Gestapo. Das ist formal gesehen ein Fehler, aber im Sinn doch richtig erfasst. Richtig ist aber auch, dass es noch immer zu viele Leute gibt, die die Stasi für einen normalen Geheimdienst halten.

Antidemokratische Regime sind 1945, in den 70er Jahren und 1989/90 in Europa überwunden worden,

nicht aber antidemokratisches Denken. NPD und Linkspartei halten die Durchsetzung ihrer Ideologie für Demokratie und nicht was die Mehrheit der Wähler will, die allein über die Angebote der Parteien zu entscheiden haben. Nicht die Herren Voigt oder Lafontaine entscheiden aber darüber, was Demokratie ist und was das Volk wollen soll, sondern die Mehrheit des Volkes bestimmt selbst. Zu den Wahlergebnissen gehören auch die Prozenzente der NPD und der Linkspartei. Beide Parteien sind nicht verboten. Sie sind deshalb in einigen Landtagen, die „Linke“ auch im Bundestag vertreten. Das ist zwar ein Faktum, aber kein Ausweis für Demokratie. Ich möchte deshalb auch einigen demokratischen Politikern ins Stammbuch schreiben: Die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land will nicht, dass Verfassungsfeinde morgen am Kabinetttisch einer Regierung sitzen und uns mitregieren. Principiis obsta – Wehret den Anfängen – auch den Wiederanfängen. Die Frage an Herrn Gysi, ob er ein Stasispitzel war, dürfte zu seinen Lasten geklärt sein, hat aber nicht den ersten Rang. Die Frage ist, welche SED-Parteiaufträge er gegen Oppositionelle ausgeführt hat. Es war nicht die Stasi, die der SED die Anweisungen gab, sondern umgekehrt: die Partei, aus der die Linkspartei hervorgegangen ist, war die oberste Instanz. Die Denunziation im SED-Staat bleibt gerade deshalb auf der Tagesordnung.

Worin besteht also unsere Chance 19 Jahre nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands? Wir können dem Widerstand und den Verfolgten nicht nur ein Denkmal setzen, wir können nicht nur die politischen Rattenfänger ins Abseits stellen, wir können es niemandem gestatten, Freiheit und Demokratie zu relativieren, wir können das Richtige aus unserer Geschichte lernen. Unsere Kampfansage an die Rechts- und Linksextremisten: Nicht noch einmal! Nie wieder! Wir können unsere Erfahrungen verständlich machen. Das ist die Chance und ein Beitrag für die Zukunft gelebter Demokratie in Deutschland und Europa.

Hammer, Zirkel, Hakenkreuz

Eine Auseinandersetzung mit der Glorifizierung der DDR

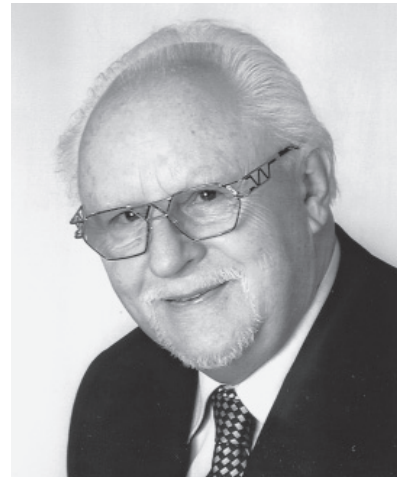
Von Fritz E. Gericke

Die in den Blogs der Fernsehanstalten nachzulesenden Reaktionen der Zuschauer auf den Fernsehfilm „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ sowie auf die daran anschließende Dokumentation und den Polittalk von Anne Will „Unrecht vergeht nicht“ offenbaren deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit dem DDR-System achtzehn Jahre nach dessen Untergang mehr denn je erforderlich ist. Genau wie nach 1945 so ertönen auch heute wieder Rufe wie: „Macht Schluss mit der Vergangenheitsbewältigung“, „Einmal muss ein Schlusstrich gezogen werden“, „Wir haben heute andere Probleme“ oder „Wir müssen nach vorn blicken.“ So wichtig und richtig die Forderung ist, dass wir uns mit den Problemen unserer Zeit und vor allem mit der Zukunft unserer Kinder befassen, Gefahren rechtzeitig zu erkennen, um diese nach Möglichkeit abwenden zu können, so falsch ist die Forderung, Vergangenheit einfach Vergangenheit sein zu lassen. Es geht dabei nicht um Schuldzuweisungen, sondern es gilt die Mechanismen zu durchschauen, nach denen totalitäre Systeme funktionieren, und diese deutlich zu machen. Wer ohne Kenntnis der Vergangenheit eine Zukunft aufbauen will, läuft Gefahr, erneut populistischen Demagogen auf den Leim zu gehen, und am Ende wird wieder zu hören sein: „Das haben wir nicht gewusst“ und wenig später: „Macht endlich Schluss mit der Vergangenheitsbewältigung, einmal muss ein Schlusstrich gezogen werden.“

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit muss zugleich eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart sein. Relikte und Folgen des Vergangenen reichen auch noch nach Jahrzehnten in die Gegenwart hinein. Deutlich wird dies unter an-

derem bei Publikationen von Autoren, die wie z.B. Eva Hermann, sich bei gleichzeitiger Distanzierung von der Unmenschlichkeit der NS-Zeit auf deren angeblich nachahmenswerten Segnungen berufen. Wie familienfreundlich kann denn ein System gewesen sein, das Familien erbarmungslos auseinander riss, das Kinder ins Gas schickte, sie als medizinische Versuchskaninchen oder als Kanonenfutter missbrauchte. All diese Verbrechen verschwinden hinter einer pseudoidyllischen Fassade. Mehr als 25% aller Deutschen sind nach einer Umfrage des „Stern“ noch immer der Ansicht, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte. Längst vergessen ist die „Führerrede“, in der er visionär den Lebensweg eines deutschen Jungen beschreibt, der mit sechs Jahren in die deutsche Kinderschar kommt, dann in das deutsche Jungvolk, dann in die Hitlerjugend, danach in die Wehrmacht und dann in die SA oder die SS. Und diese Rede endet unter tosendem Beifall: „Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben.“

Ähnlich gehen wir nun auch mit der DDR-Vergangenheit um. So genannte wissenschaftliche Publikationen versuchen mit dialektischen Kapriolen vom wahren Gesicht der DDR-Diktatur abzulenken. Sie erfreuen sich eines beachtlichen Interesses. Die Auflagen dieser Bücher erreichen in Ost und West wesentlich höhere Verkaufszahlen als Bücher, die von den Opfern des Systems geschrieben worden sind oder sich auf die eine oder andere Weise kritisch mit der DDR auseinandersetzen. Die EDITION OST der Eulenspiegel-Verlagsgruppe widmet sich dieser Aufgabe in besonderem Maße. So erschienen hier 2006 unter anderem von Robert Allertz, Jahrgang



Fritz E. Gericke, 1928 in Dresden geboren, mit 17 Jahren Mitglied der LDP in Dresden, 1952 Verhaftung, Haft in Bautzen II, danach Mitglied der FDP bis 1986. Journalist, Drehbuchautor, Regisseur, 1975-1993 Referent in der Bundeszentrale für politische Bildung. 2005 erschien Gericke's Buch: *Treiben gegen den Strom. Erinnerungen an ein widerspenstiges Leben 1940-1994*, Zeitgut Verlag Berlin, 200 S.

1951, Diplomjurist und ehemaliger Oberleutnant der NVA-Marine, in der dritten Auflage „Im Visier die DDR – eine Chronik“ und „Hammer, Zirkel, Hakenkreuz – Wie antifaschistisch war die DDR“ von Detlef Joseph, Professor für Staat- und Rechtstheorie em. Beide Bücher dienen zugleich der Verteidigung der DDR wie auch der Anklage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Während in dem Buch „Im Visier die DDR – eine Chronik“ der Zusammenbruch der DDR als Folge der Machenschaften des kapitalistischen Westens dargestellt und das DDR-System als nahezu wehrloses Opfer geschildert wird, das den Verbrechen, den Terroranschlägen und der Propaganda des Westens nicht gewachsen war, wird unter dem Postulat, die DDR sei antifaschistischer gewesen als die Bundesrepublik Deutschland, die DDR als das bessere Deutschland dargestellt. Beide Autoren greifen tief in die dialektische Trickkiste. Genauso unredlich wäre es allerdings, würde man die Bundesrepublik nachträglich so erscheinen zu lassen, als sei mit dem 8. Mai 1945 aus dem Nichts heraus

eine makellose Demokratie entstanden und das nationalsozialistische System, das einst vom Himmel fiel, spurlos und endgültig in der Hölle verschwunden. Doch leider ist es so, dass Politiker wie Historiker beider Lager lieber auf die Fehler und Schwächen der jeweils anderen Seite zeigen, als den Mist im eigenen Stall in Augenschein zu nehmen. Für die Bundesrepublik muss jedoch festgestellt werden, dass ab Ende der 50iger die Gegenposition öffentlich mehr und mehr Gehör fand, die unter anderem in der 68iger Bewegung verkrustete Strukturen aufzubrechen suchte. Eine solche antifaschistische Massenbewegung hat es in der DDR nicht gegeben.

In dem Buch „Im Visier die DDR - Eine Chronik“ von Robert Allertz erfährt der Leser weder etwas über den Autor noch über seine Co-Autoren. Es bleibt dem Leser ebenso verborgen, ob die verwendeten Zitate das Ergebnis wissenschaftlicher Nachforschungen sind, oder ob sie nach dem Prinzip ausgewählt wurden: gut ist, was meiner Aussage nutzt? Dennoch geht wohl kaum fehl, wer schon kurz nach Beginn der Lektüre zu der Überzeugung gelangt, dass hier gezielt ideologisch indoktriniert wird, und zwar in einer Art und Weise, die ernsthafter wissenschaftlicher Arbeit Hohn spricht. Der Autor und sein Team verfahren nach der Methode „Eine halbe Wahrheit ist überzeugender als eine ganze Lüge“. Man würde wohl die Intelligenz der Autoren beider Bücher unterschätzen, würde man ihnen nur Nachlässigkeit oder gar unbewusste Schutzhaltung unterstellen. Nein, sie manipulieren den Leser bewusst, indem sie Halb-, Viertel- oder Achtelwahrheiten so auftischen, als seien sie die ganze Wahrheit. Der Leser soll sich keine eigenen Gedanken machen können, er soll vielmehr veranlasst werden so zu denken, wie die Autoren es wünschen.

Es kann und soll gar nicht bestritten werden, dass die DDR bzw. bereits die ehemalige sowjetische Besatzungszone das Ziel bewusster propagandistischer und auch geheimdienstlicher Tätigkeiten des Westens waren. Auch gezielte Sabotageakte sollen hier keineswegs ausgeschlossen werden. Aber wer mit dem Finger auf jemanden zeigt,

sollte immer bedenken, dass drei Finger seiner Hand auf ihn selbst weisen. Natürlich waren die Bundesrepublik Deutschland und die vormaligen westlichen Besatzungszonen genauso Ziel politischer Agitation, Spionage und Sabotage aus dem Osten, dabei wurde auf Menschenraub und Mordanschläge, wie sie ja inzwischen durch Gerichtsurteile aktenkundig und bestätigt worden sind, nicht verzichtet. Interessant wäre eine Untersuchung der unterschiedlichen Methoden, mit denen beide Seiten bestrebt waren, ihr Ziel zu erreichen. Eine ernst zu nehmende wissenschaftliche Arbeit muss zwangsläufig zu dem Ergebnis kommen, dass beide deutsche Staaten im Visier der jeweils anderen Seite waren, mit dem Ziel, die eigene Position zu festigen und auszubauen.

Robert Allertz aber geht es in seinem Abgesang auf die untergegangene DDR um etwas anderes. Es geht ihm auch nicht um Nostalgie. Es geht um einen ideologischen Wiederbelebungsversuch. In chronologischer Reihenfolge werden „Sabotageakte“, Brandanschläge, tatsächliche und so genannte Spionagetätigkeiten, Flugblattaktionen usw. aufgelistet, unabhängig davon, ob erwiesen ist, dass jede dieser Aktionen die Arbeit von Agenten war. So werden zum Beispiel drei Explosionen im Sprengstoffwerk Gnaschwitz, in der Zeit von September 1949 bis Januar 1950, denen insgesamt fünf Menschen zum Opfer fielen, so erwähnt, als seien sie Anschläge westlicher Agenten gewesen. Dass die katastrophalen Arbeitsbedingungen die Ursache gewesen sein könnten, wird nicht in Betracht gezogen. Vielmehr suggerieren der Titel des Buches „Im Visier die DDR“ sowie das Vorwort des Verlegers, Frank Schumann, zwangsläufig, dass es sich um Sabotageakte gehandelt haben muss. Zwar geht der Verleger durchaus kritisch mit den Defiziten der DDR um, die Ursache für ihr Ende aber sieht er dennoch nicht im System selbst, sondern im „unfairen“ Wettkampf zwischen BRD und DDR, wenn er schreibt: „Fakt aber ist, dass die Gegenseite alles unternahm, damit es zu keinem fairen Wettstreit der Systeme kam. Der ‚Gegner‘ war tatsächlich einer. Er

hat nichts unversucht gelassen, dieser DDR das Licht auszublenden. Und hierzulande bliesen einige mit. Nicht immer mit Vorsatz. Aber das ist unerheblich, wenn die Kerze erst einmal aus ist. Wer oder was am vorzeitigen Tod der DDR tatsächlich Mitschuld trägt, soll mit diesem Buch chronologisch dokumentiert werden.“

In diesem Sinne werden Spekulationen, Unterstellungen und Wahrheiten hemmungslos miteinander vermischt. Wenn, wie ebenfalls erwähnt, ein junger Bauer, wahrscheinlich aus Wut, Enttäuschung oder Verzweiflung über die Zwangskollektivierung handelnd, eine Scheune anzündete, wird das so dargestellt, dass der Leser annehmen muss, der Brandstifter habe im Auftrag eines westlichen Geheimdienstes gehandelt oder aber weil sein Vater dem NS-Bauernverband angehört habe. Der Sohn wird damit als faschistischer Täter gebrandmarkt, aber auch zugleich als Opfer der Gesinnung seines Vaters hingestellt.

Alles was nicht in das Bild vom besseren Deutschland passt, wird verschwiegen. Kein Wort über die Schauprozesse, die in stalinistischer Manier Freund und Feind gleichermaßen trafen. Gleich zwei Mal wird über den Prozess gegen den Eisenbahner Ewald M. berichtet, der für den westdeutschen Geheimdienstchef Gehlen Informationen über Be- und Entladen von Gütertransporten, Fahrpläne der Reichsbahn und Telefonverzeichnisse geliefert hat. Die Höhe der Urteile und die Namen derer, die verurteilt wurden, werden wie auch in allen anderen Fällen nicht erwähnt. Eine Überprüfung des Geschriebenen wird damit erheblich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht. In dem erwähnten Fall dürfte es sich allerdings um den Schauprozess handeln, von dem es ein Tondokument gibt, das die Prozessführung durch die Oberste Richter, Hilde Benjamin und den ehemaligen NS-Richter und späteren Generalstaatsanwalt der DDR, Melsheimer, dokumentiert. In diesem Dokument wird deutlich, dass die Art der Prozessführung sich in nichts von Roland Freisler, dem Terrorrichter der Nazidiktatur, unterschied. Es war die gleiche Schreierei und die gleiche gezielte Erniedrigung der Angeklag-

ten, die nicht die geringste Chance einer Verteidigung hatten.

Neben CIA und BND werden in dem Buch vor allem die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KGU) und der „Bund freiheitlicher Juristen“ für die „westlichen Machenschaften“ zur Vernichtung der DDR verantwortlich gemacht. Es entspricht den Tatsachen, dass die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ finanzielle und nachrichtendienstliche Unterstützung von Seiten der Amerikanischen und der britischen Besatzungsmacht erhielt. Und selbstverständlich hatten diese Einrichtungen die SBZ und später die DDR im Visier. Aber warum hatten diese Einrichtungen einen so regen Zulauf aus der SBZ/DDR? Schon unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 erfolgten durch die sowjetischen Truppen und später unter Mitwirkung der rasch wieder aufgebauten deutschen Polizei Massenverhaftungen. Am Anfang ging man im Allgemeinen davon aus, dass es sich dabei um die Verhaftung von Denunzianten oder NS-Funktionären gehandelt habe. Aber rasch kamen Bedenken auf. Zu willkürlich erschienen die Festnahmen, vor allem auch von Kindern und Jugendlichen, was heute von russischer Seite auch nicht mehr bestritten wird. Niemand wusste, wohin sie kamen. Später erfuhr man, dass sie unter dem meist völlig haltlosen Vorwurf, Werwolf-Anhänger zu sein, in Lager, wie zum Beispiel Buchenwald, gebracht worden waren. Sie blieben dort über Jahre, ohne Gerichtsverhandlung, ohne Urteil, unter wirklich grausamen Verhältnissen. Viele starben, andere trugen und tragen lebenslang an den dort erlittenen gesundheitlichen und seelischen Schäden. Und so wie man sie abgeholt hatte, so wurden sie nach drei oder mehr Jahren ohne Begründung entlassen, wobei man denen, deren Väter oder Brüder noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft waren, empfahl, etwas für ihre Angehörigen zu tun und zu beweisen, dass sie geläutert waren, indem sie Berichte über Freunde und Nachbarn, die möglicherweise der neuen Entwicklung kritisch gegenüber ständen, der Besatzungsmacht oder der deutschen Polizei melden. Diese Menschen fühlten sich oder ihre Angehörigen bedroht, viele suchten Hilfe bei den bereits erwähnten Organi-

sationen oder bei den Ostbüros der verschiedenen Parteien. Wegen der sich immer weiter verschärfenden Willkür suchten andere strukturelle und auch materielle Unterstützung im Widerstand gegen die aufkeimende neue Diktatur, darunter nicht wenige, die schon dem nationalsozialistischen Terror widerstanden hatten. Doch darüber verlieren der Autor und sein Team kein Wort, und auch nicht darüber, dass alle diese Organisationen schon kurz nach ihrer Gründung sehr erfolgreich von Agenten aus der SBZ/DDR unterwandert waren. Viele Besucher der KGU oder des Ostbüros der SPD mussten bei ihrer Verhaftung erfahren, dass ihr Erscheinen bei diesen Organisationen dem Staatssicherheitsdienst mit Datum und Uhrzeit bekannt war. Also nicht nur die DDR befand sich im Visier des Westens, sondern die Bundesrepublik Deutschland befand sich ebenfalls im Visier des Staatssicherheitsdienstes der DDR und seiner Verbündeten.

Besonders perfide wird der Autor, wenn er sowohl den ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (SPD), einen Gegner des NS-Systems und ehemaliges Mitglied der Kommunistischen Partei, der sich unter dem Eindruck des stalinistischen Terrors zum Sozialdemokraten wandelte, wie auch Kurt Schumacher, den damaligen Vorsitzenden der SPD, der jahrelang als politischer Häftling im KZ saß, als „Parteigenossen“ bezeichnet. Zwei aufrechte Antifaschisten werden mit dem Wort „Parteigenosse“, dass eindeutig mit der NSDAP assoziiert wird, den von ihnen bekämpften Faschisten gleichgesetzt. Der Autor, sein Verlag und seine Lektoren setzen auf die geschichtliche Unkenntnis ihrer Leser. Wer, vor allem in den neuen Bundesländern, die Jahrzehnte lang von jeder objektiven Berichterstattung abgeschnitten waren, weiß denn, wer Ernst Reuter und Kurt Schumacher wirklich waren, und mit wie viel Mut sie für eine demokratische Entwicklung in Deutschland gekämpft haben?

Noch bedenklicher erscheint mir das zweite Buch: „Hammer, Zirkel, Hakenkreuz – Wie antifaschistisch war die DDR?“ von Prof. em. Detlef Joseph.

Der Autor baut seine Arbeit darauf auf, dass die DDR unter der Führung

der SED sich von Anfang an weigerte, „Nachfolgestaat des 3. Reiches“ zu sein. Sie zog also einen radikalen Trennungsstrich zur Vergangenheit und verstand sich von Anfang an als der antifaschistische deutsche Staat. Und einiges sprach ja auch dafür. Propagandistisch konnte die DDR bequem ausnutzen, dass in der Bundesrepublik Deutschland Männer politische Verantwortung übertragen bekamen, die alles andere als unbelastet waren. In diesem Punkt war die DDR, wenn auch nicht völlig, unbefleckt. Im Gegensatz zur DDR kam es in der Bundesrepublik jedoch, wie schon ausgeführt, immer wieder zu heftigen Protesten gegen Politiker oder Professoren, die im Dritten Reich entsprechende Positionen innegehabt hatten. Es ist allerdings unvorstellbar, dass ein Bürger der DDR aus Protest auf die Straße hätte gehen können, weil z.B. der Generalstaatsanwalt Melsheimer in der Nazizeit ein willfähiger Richter war, oder dass es einem Angeklagten oder Verteidiger möglich gewesen wäre, genau dies dem Ankläger in einem politischen Prozess vorzuhalten.

Schon im ersten Satz der Einleitung arbeitet der Autor, Prof. Joseph, mit wissenschaftlich unredlichen Halbwahrheiten. Richtig ist, dass in der Bundesrepublik vorrangig der Widerstand der „Weißen Rose“ und des „20. Juli“ zur Kenntnis besonders hervorgehoben wurde, während der kommunistische, sozialdemokratische und insbesondere der „private“ Widerstand anfangs kaum Erwähnung fand. Auch mit den Offizieren des 20. Juli tat man sich lange Zeit ziemlich schwer. Sie wurden immer wieder auch als Verräter gesehen. Ein Zustand, der bis heute nicht völlig überwunden ist. Soweit verkündet der Autor die Wahrheit. Aber dann behauptet er, in der DDR seien die antifaschistischen Kämpfer und ihre Familien von Anbeginn an hoch geachtet gewesen. Und das ist die Unwahrheit. Die staatlich anerkannten, propagierten und geehrten Widerstandskämpfer waren Kommunisten oder ihnen nahe stehende Männer und Frauen. Bürgerlicher Widerstand fand erst sehr spät und sehr spärlich öffentlich etwas Anerkennung, ebenso die Offiziere des 20. Juli. Wer Antifaschist war und entsprechend geachtet werden

sollte, das beurteilte allein die Partei. Überall in den Gefängnissen und Lagern der DDR saßen Frauen und Männer, die schon zur Nazizeit politisch verfolgt waren, darunter auch Kommunisten, die gewagt hatten, sich gegen den stalinistischen Terror zu wenden.

Der Autor bleibt in seinen weiteren Ausführungen konsequent bei seiner Linie, wobei ihm sein Wirken als Wissenschaftler und sein Titel als Professor das nötige Renommee geben sollen, um möglichst keine Zweifel an seinen Behauptungen aufkommen zu lassen. Er setzt fort, was die Kommunisten nach 1945 begonnen haben: sie haben den Begriff „Antifaschismus“ besetzt und ausschließlich für sich in Anspruch genommen. Der Westen hat ihnen den Gefallen getan, darauf einzugehen, und den Begriff „Antifaschismus“ weitgehend mit Kommunismus gleichgesetzt. Dass dieses Manöver gewissen Kräften im Westen durchaus in den Kram passte, kam noch dazu. Der Antifaschismus geriet so in den Ruch der Kollaboration mit den Kommunisten, und so konnte man sich bei Bedarf leicht hinter dem Antikommunismus verstecken. Damit war der Weg frei für das Spiel, in dem sich die DDR als

das bessere Deutschland darstellen konnte, weil sie mit der Vergangenheit gebrochen hatte, während die Bundesrepublik sich als Nachfolgerin des Deutschen Reiches verstand und durch den großzügigeren Umgang mit der NS-Vergangenheit hoher Partei- und Staatsfunktionäre es ermöglichte, sie immer auch ideologisch als Nachfolgerin der 3. Reiches zu deklarieren. Dass sie mit der Anerkennung, Nachfolgerin des ausgelöschten, verbrecherischen Staates zu sein, auch Schuld und Verantwortung für die Sühne der Verbrechen auf sich nahm, findet selbstverständlich in dem Buch keine Erwähnung. Die Tatsache, dass die Aufarbeitung der Ursachen des Nationalsozialismus und seiner verbrecherischen, totalitären und unmenschlichen Strukturen, bei allen Unzulänglichkeiten, in der Bundesrepublik wesentlich intensiver und nicht nur verbal erfolgte, fällt der subjektiven Sichtweise des Autors zum Opfer.

In der Auseinandersetzung der beiden Systeme wurde in der DDR „Antikommunismus“ gleichgesetzt mit „Faschismus“, während in der Bundesrepublik „Antifaschismus“ nur allzu oft mit „Kommunismus“ gleichgesetzt wurde. Eine ernst-

hafte Auseinandersetzung mit beiden totalitären Systemen wurde so weitgehend verhindert. An die Stelle notwendiger Aufklärung trat die propagandistische Nutzung der Begriffe. Dies geschah in der DDR wesentlich intensiver als in der Bundesrepublik. Jeder kritische Ansatz in der DDR, jede noch so geringe ideologische Abweichung wurde mit Faschismus gleichgesetzt. Deshalb kann trotz nicht zu leugnender ernsthaft aufklärender Bestrebungen in der DDR durchaus von einem „verordneten Antifaschismus“ gesprochen werden, dies umso mehr, als die objektivierenden Ansätze der Totalitarismusforschung sowohl vom Osten als auch von der dogmatischen Linken im Westen als Versuch gewertet wurden, Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen. Detlev Joseph diffamiert die Totalitarismusforschung in der gleichen Weise. Der Schaden, der durch solche Veröffentlichungen angerichtet wird, ist noch nicht absehbar. Aber es scheint, als würde die Immunisierung gegen jedweden Totalitarismus allmählich schwächer. Es ist höchste Zeit, die Ergebnisse einer weitgehend objektiven Totalitarismusforschung in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.

Antisemitismus bekämpfen, jüdisches Leben fördern

Die Nationalsozialisten hatten die jüdische Kultur in Deutschland und damit einen beachtlichen Teil des deutschen Geisteslebens zerstört. Am Beispiel der Universität Leipzig hat Professor Gerald Wiemers – häufig auch in FREIHEIT UND RECHT – nachgewiesen, welche großen Kapazitäten gerade auch auf den Gebieten der Mathematik und der Naturwissenschaften durch die Judenverfolgung vertrieben, eingekerkert und getötet wurden, zum Schaden Deutschlands und zum unermesslichen Schaden für die humane Zivilisation. Die Bundesrepublik hat nach und nach erreicht, dass jüdische Kultur sich in Deutschland wieder entfaltet; die jungen Bundesländer ziehen nun nach.

„Ein starkes und vielfältiges Judentum wird das Zusammenleben in Deutschland und Europa reicher und den Zusammenhalt in Europa fester machen“, lautet der Schlusssatz in einem gemeinsamen Parlamentsantrag von CDU/CSU, SPD, FDP und B90/Grünen mit dem Titel: „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“. Wortlaut des Antrags unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/107/1610775.pdf>

Von Entgleisungen in Einzelfällen abgesehen, können die vier tragenden Kräfte der freiheitlichen Demokratie diese klare, auf Bekämpfung des

Antisemitismus gerichtete Tradition für sich in Anspruch nehmen. Und das ist für die Glaubwürdigkeit eines solchen Antrags von wesentlicher Bedeutung. Wichtig ist aber auch, dass die Förderung jüdischer Kultur keine Wohltätigkeitsveranstaltung ist, sondern dem Musikleben, der Literatur und nicht zuletzt dem Wissenschaftsbetrieb in Deutschland zugute kommt. Förderung jüdischer Kultur ist kein „verlorener Zuschuss“, sondern eine Investition im umfassenden Sinne. Dies ins Stammbuch derer, die allzu schnell, manchmal geradezu reflexartig, mit der Behauptung zur Hand sind: „Wir müssen immer nur zahlen.“

Jürgen Maruhn

Die Todesautomatik

Ein Film über Leben und Tod von Michael Gartenschläger

Von Hans-Jürgen Grasemann

Es hat lange gedauert, bis das Fernsehen das dramaturgische Potential der ehemaligen innerdeutschen Grenze entdeckt hat. 18 Jahre nach dem Fall der Mauer widmen sich dem Thema deutsche Teilung mehr Fernsehstoffe denn je. Nach der ARD-Produktion „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ und dem ZDF-Film „An die Grenze“, der die Nöte der DDR-Grenzsoldaten eindrucksvoll in Szene gesetzt hat, zeigte das ZDF am 26. November 2007 das deutsch-deutsche Drama „Die Todesautomatik“. Der Film basiert in weiten Teilen auf wahren Begebenheiten und dem gleichnamigen Buch von Lothar Lienicke und Franz Bludau, in dem das Schicksal von Michael Gartenschläger geschildert wird, der 1976 beim Versuch, eine dritte Selbstschussanlage SM 70 vom Metallgitterzaun der DDR-Sperranlagen zu demontieren, von einem Stasi-Sonderkommando erschossen wurde.

Dieser spektakuläre Mord hat eine lange Vorgeschichte, die der Film in Anlehnung an den authentischen Fall nachzeichnet. Im September 1961 wurde der damals 17 Jahre alte Michael Gartenschläger vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder in einem Schauprozess im Strausberger Haus der Kultur zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Vorwürfe gegen ihn und vier Freunde lauteten „staatsgefährdende Gewaltakte“, „staatsfeindliche Hetze und Propaganda“, „Diversion“, „konterrevolutionäre Bandenbildung“.

Gartenschläger gehörte zu jenen Jugendlichen, die sich nach dem 13. August 1961 auch in anderen Orten der DDR zu Widerstands-

handlungen zusammen geschlossen hatten. Die ihm und seinen Freunden, die als Rock-n-Roll-Fans einen „Ted-Herold-Club“ im Heimatort Strausberg gegründet hatten und an



Dr. Hans-Jürgen Grasemann, Oberstaatsanwalt, Braunschweig. 1988 – 1994 stell. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Promotion 1973 zum DDR-Verfassungsrecht. Zahlreiche Aufsätze und Vorträge zum SED-Unrechtsstaat. Seit 1969 Mitglied der SPD, seit 2006 Vorstandsvorsitzender des Trägervereins der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V. und seit 2007 Vorstandsmitglied des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWW).

Wochenenden gern nach West-Berlin führen, vorgeworfenen Taten hat er später aufgezählt: „Werfen von Farbflaschen gegen Propagandaschilder der DDR-Regierung, Bemalen von Hauswänden mit Losungen wie „Macht das Tor auf!“, „Deutschland den Deutschen“, An-

zünden einer LPG-Scheune, aber gewiss nicht, um die DDR-Volkswirtschaft zu schädigen, sondern um „ein Fanal gegen die soeben errichtete Mauer zu schaffen“. Sie phantasierten, einen Sowjet-Panzer zu stehlen und in Thüringen die Grenze zu durchbrechen.

Über den Prozess, in dem Gartenschläger und ein Freund zu lebenslanger Haft und die anderen Jungen zu 15, 12 und 6 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden, berichtete die Zeitung „Neuer Tag“ aus Frankfurt/Oder am 15. September 1961 unter der Überschrift „Brandts Nattergezücht wird ausgemerzt“ wie folgt:

„Moralisch und politisch verkommen, aufgeputscht durch die Hetzsendungen des Westfernsehens und der NATO-Sender, schlossen sich die Angeklagten zu einer staatsfeindlichen konterrevolutionären Gruppe zusammen. Sie versuchten fortgesetzt und planmäßig durch Anschmieren von Hetzlosungen sowie durch Gewaltakte die Bevölkerung von Strausberg in Furcht und Schrecken zu versetzen, ihr Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht zu erschüttern und die Grundlagen unseres Staates zu untergraben. Skrupellos forderten sie zu Gewalttätigkeiten gegen fortschrittliche Bürger auf.“

Schließlich begnügten sich die Angeklagten nicht mehr damit. Am 17. August steckten sie eine mit Erntegut gefüllte Scheune der LPG Typ III Wilkendorf in Brand, wodurch ein volkswirtschaftlicher Schaden von etwa 50.000 Mark entstand... Die Angeklagten Resag, Gartenschläger und Lehmann tra-

fen darüber hinaus alle Vorbereitungen, um im Raum Thüringen weitere Gewalt- und Diversionsakte vorzunehmen und dann mit Waffengewalt die Grenze nach Westdeutschland zu durchbrechen... In ihrem unbändigen Hass gegen die DDR, ständig von den Hetzsendungen des Westfernsehens und NATO-Rundfunks gelenkt und geleitet, bereiteten sie sich darauf vor, mit Waffengewalt gegen unseren Staat vorzugehen und als willfährige Kreaturen und Handlanger der Bonner Ultras den „kleinen Krieg“ gegen die DDR zu verwirklichen. Diese ganze Verkommenheit der Verbrecher spiegelte sich in der Beweisaufnahme wider...“

Gartenschläger musste fast 10 Jahre seiner Freiheitsstrafe verbüßen, ehe er im Sommer 1971 von der Bundesregierung „freigekauft“ werden konnte. Er kam in Hamburg unter, wo er schließlich als Tankstellenpächter in einer angeschlossenen Werkstatt Autos reparierte, nebenbei aber unter Mitwirkung des ebenfalls freigekauften Lienicke als Fluchthelfer Bürger der DDR über die Transitstrecken und Ungarn, Rumänien oder Bulgarien in die Freiheit schleuste.

Nach dem Abbau der ersten SM 70 in der Nacht zum 1. April 1976 und der Berichterstattung darüber im SPIEGEL und der Demontage der zweiten SM 70 zusammen mit seinem Freund Lothar Lienicke am 24. April 1976 schrieb Gartenschläger 3 Tage später in einem Vortragsmanskript für eine Veranstaltung im „Mauer-Museum am Checkpoint Charlie“:

„Während meiner Haft hatte ich Gelegenheit, das DDR-Regime näher kennen zu lernen, jedenfalls wenn es zutrifft, dass man ein Regime erst richtig kennt, wenn man in einem seiner Gefängnisse gesessen hat. Leider wird diese Auffassung nicht überall geteilt, und die unbestrittenen Besserungen der Honecker-Ära werden überschätzt... Es festigte sich in mir die Überzeugung, dass sinnvoller Widerstand gegen dieses Unrechtssystem nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht ist... Ich glaube, der Unrechtscharakter der DDR kommt besonders in der Selbstschussanlage und in

der Tatsache ihres weiteren Ausbaus – trotz der Ablösung Ulbrichts – zum Ausdruck. Da ein solcher Automat, der bereits mehrere Todesopfer forderte, nicht in der Bundesrepublik existierte, entschloss ich mich, ein komplettes Aggregat zu Demonstrationszwecken zu holen... Ich untersuchte die Selbstschussaggregate mit Feldstechern und kam zu dem Schluss, dass... die Stromabschaltung durch Zerschneiden der Stromzufuhr durchführbar sein muss. Dies allerdings unter einem Vorbehalt: dass beim Besteigen des Metallgitterzaunes und der Demontage keine starken Erschütterungen entstehen, die den Auslöserdraht bewegen. Ferner mussten den Grenzposten meine Arbeiten unbemerkt bleiben, also auch möglichst sich geräuschlos vollziehen. Das Risiko schien mir lohnenswert...“

Gegen alle Vernunft unternahm Michael Gartenschläger in Begleitung seiner Freunde Lothar Lienicke und Wolf-Dieter Uebe am 30. April 1976 den Versuch, erneut nordöstlich des holsteinischen Büchen in der Nähe des Grenzpfahls 231 am „Großen Grenzknick“ eine SM 70 abzubauen oder wenigstens zur Zündung zu bringen, damit „die wissen, dass ich hier war“. Sie wussten nicht, dass das MfS einige Tage zuvor den Grenzabschnitt von den regulären Grenztruppen geräumt und ein Spezialkommando „freundwärts“ und „feindwärts“ postiert hatte. Als Ziel des Einsatzes sah der MfS-Maßnahme-Plan vor, „weitere Angriffe auf die SM 70 zu verhindern und den oder die Täter festzunehmen bzw. zu vernichten“. Von über 80 Schüssen des Killer-Kommandos trafen Gartenschläger 9 Projektile.

Eine Chance zum Überleben hatte die Staatssicherheit nicht vorgesehen.

Das Geschehen hat Lienicke als Zeuge geschildert:

„Es war um 23.45 Uhr. Michael robbte in Richtung Osten. Die Nacht war kalt und dunkel. Kein Mondschein. Wenn eine Bewegung von DDR-Seite erfolgen sollte, hatte ich den Auftrag zu rufen: „Halt,

hier ist der Zoll, kommen Sie sofort zurück!“ Dies sollte heißen: bewaffnete Organe der Bundesrepublik sind zur Stelle. Aber vom Bundesgrenzschutz-Zoll war keine Spur... Plötzlich kamen Salven aus mindestens vier Kalaschnikow-Maschinenpistolen. Sie trafen Michael, als er sich erheben und mit einem 20 cm langen Drahtaken und einer Angelschnur den Metallgitterzaun erreichen wollte. Sie schossen – kein Anruf vorher, keine Warnung. Plötzlich gleißendes Scheinwerferlicht. Ich versuchte Michael zu Hilfe zu kommen. Nun prasselten die Salven auf mich. Dieter gab aus seiner Flinte einen ungezielten Schuss ab. Jetzt wurden wir beide beschossen – und wir befanden uns auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Einschüsse in den Bäumen sind dort noch 80 Meter tief auf Bundesgebiet festzustellen. Dieter ist sogar der Meinung, dass DDR-Soldaten bei unserer Verfolgung das Bundesgebiet betreten haben... Ich sah noch, wie alle Scheinwerferbündel sich auf den am Metallgitterzaun liegenden Michael Gartenschläger konzentrierten, und ich sah, wie ein Grenzsoldat der DDR den Arm Michaels hob, der darauf schlaff zu Boden fiel... Die Schützen hatten diesseits des Zaunes gelauert. Sie müssen in Dauerstellung auf Gartenschläger gewartet haben. Am Morgen darauf fand man mehrere Schlafsäcke und Decken diesseits des Metallgitterzaunes. Michael ist in eine Falle gelaufen.“

„Michael Gartenschläger wollte das Weltgewissen wecken“, steht auf einer Erinnerungstafel an einem Eichenkreuz in unmittelbarer Nähe des Todesortes des Mannes, der nur 32 Jahre alt wurde.

Der Film „Die Todesautomatik“ zeichnet fiktional die kurze Lebensgeschichte des Michael Gartenschläger in der Gestalt des Manfred Brettschneider von den Verhören im Keller der Staatssicherheit 1961 bis zu seiner durch die Justiz ungesühnten Ermordung 1976 nach. Der Fernsehfilm sagt mehr über die jüngste deutsche Vergangenheit aus als manches Geschichtsbuch. Deshalb ist er zugleich auch ein Beitrag gegen Geschichtsvergessenheit.

Die 68er – Dompteure des Zeitgeistes

In der vorigen Ausgabe erschien ein Artikel vom gleichen Autor mit dem Titel „1968: Eine Revolution zweiter Hand“. Es ging um die politische Dimension der 68er-Bewegung. Hier kommen jetzt die sozio-kulturellen Aspekte, die psychologischen Faktoren und die heute noch fortwirkende Mentalitätsprägung zum Zuge.

Von Ernst Eichengrün

Eine Revolution sollte werden, was 1967-69 in der Bundesrepublik vor sich ging. Das staatliche und gesellschaftliche System sollte umgestürzt werden - auch wenn das weder notwendig war noch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Doch die Revolution, eher der Versuch einer Revolte, scheiterte kläglich.

Dennoch sind die 68er immer noch von Mythen umwabert. Auch viele von denen, die den fehlenden Realitäts-Sinn, den radikalen Ansatz, die zusammengebraute Ideologie und ihre Auswüchse jetzt kritisch sehen, wollen doch noch etwas Positives retten. Es soll ja nicht ganz umsonst gewesen sein!

„Gemessen daran, dass die Minderheit einer Generation, die das Gesellschaftssystem stürzen wollte, mit diesem Versuch gescheitert ist, ist ihre Wertschätzung, die sie heute innerhalb des ... Systems erfährt, erstaunlich positiv.“

Wolfgang Kraushaar

Der weltrevolutionäre Ansatz soll vergessen werden. Die Protagonisten der 68er betonen daher also vor allem die innergesellschaftlichen, sozio-kulturellen Aspekte. Ihre Hauptthese: Die 68er Bewegung habe das demokratische Bewusstsein gefestigt, ein neues, freieres Lebensgefühl begründet und die Liberalisierung der vorher erstarrten Gesellschaft überhaupt erst in Gang gesetzt.

Was stimmt daran? Was trieb die jungen Leute an, jenseits der vor-

dergründigen politischen Motive? Schließlich: Was ist von der 68ern geblieben?

Ein neues Lebensgefühl?

Ja, es stimmt: In den 60er Jahren entstand ein neues Lebensgefühl unter den Jugendlichen. Doch nicht die 68er haben es in die Welt gesetzt, denn schon in den 50ern war Bewegung in die tradierte bürgerliche Welt gekommen. Musik, Film und Literatur waren die Pioniere: Rock'n Roll, Beat, Jerome Salinger, James Dean. Und die Hippies. Im Lebensstil, in Frisur, Musik und Kleidung begannen junge Leute, sich von den älteren Generationen abzugrenzen. Noch ohne politische Ziele: „Rebel without a cause“!

Konventionen waren gesprengt worden, auch und vor allem die sexuellen. Oswald Kolles Erfolg war ein Symptom dafür, die Pille machte es dann möglich. Beide haben weitaus mehr bewirkt als später die Kommunen der 68er, die so libertär ja gar nicht waren.

„Antiautoritär“

Der Aufstand gegen Autoritarismus und Autoritäten war ein Kernpunkt der 68er-Bewegung. Manches war berechtigt, anderes nicht. Auch hier galt: Schon vor 68 hatte die autoritäre Prägung von Staat und Gesellschaft begonnen sich abzuschwächen. Konfessionsschulen und Prügelstrafe waren abgeschafft. Mit Kennedy und Brandt war eine neue Generation gekommen, der neue



Der Autor

Ernst Eichengrün, Königswinter, war u. a. Bundessekretär der Jungsozialisten 1967–69, später Vizepräsident des Gesamtdeutschen Instituts, anschließend Mitarbeiter des Bundesarchivs.

Papst stand für die Erneuerung der katholischen Kirche. Die wilhelminische Stehkragen-Mentalität hatte endgültig ausgespielt, die rigiden sozialen Kontrollen lockerten sich allmählich.

Der Kampf der 68er gegen die Autoritäten gewann an Dynamik, als viele Autoritäten, Professoren wie Politiker, vor dem Ansturm einknickten. Manchmal fragte man sich auch, ob viele APO-Mitläufer nicht einfach ihre Unterordnung unter Autoritäten umpolten: von den Professoren auf die Studentenführer. Denn autoritär waren diese durchaus: Toleranz wurde als „repressiv“ denunziert und abgelehnt, Pluralismus war nicht gefragt.

Der anti-autoritäre Impuls erstreckte sich bald auch auf den Erziehungsbereich: Alles war im Kind angelegt, es musste sich nur aus ihm selbst

heraus entfalten. „Die Schüler dort abholen, wo sie stehen“, diese richtige Forderung wurde von manchen so verstanden, dass sie dann einfach beim Schüler stehen blieben – ein Verzicht auf Erziehung. Das Leistungsprinzip war verpönt.

„Was heute als Revolte gegen jede Autorität erscheint, ist häufig im Grunde frustrierte Erbitterung über das Fehlen von Autorität – im Sinne eines Mangels nicht an Strenge, aber an überzeugten und daher überzeugenden Vorbildern der Lebensgestaltung.“

Richard Löwenthal

Disziplin war nicht mehr gefragt. Von der übertriebenen Disziplin der Vergangenheit schlug das Pendel bald extrem zur entgegengesetzten Seite aus: Die Kinder sollten tun und lassen dürfen, was sie wollten. Die pädagogische Erkenntnis, dass bei allem Verständnis Kindern Grenzen gesetzt werden müssen, wurde verlacht. Die Konsequenz zeigte sich dann in Song-Titeln wie „Kinder an die Macht“ und „We don't need no education“. Seitdem sind viele Eltern, vor allem in der Bildungsschicht, verunsichert und nehmen ihre Rolle nicht an.

Der romantische Rückfall

Vieles war für diese Jugend selbstverständlich, was ihre Vorgänger-Generationen noch als unsicher erlebt hatten. Aber für manche war gerade dieses Selbstverständliche Quelle eines Überdresses, die Rede vom *Konsumterror* kam auf. Die bürgerliche Welt provozierte sie zu einer eigenständigen Sinnsuche – in gewollter und provozierend dargestellter Distanz zu ihr.

Freilich: Das galt vor allem für die Kinder der bürgerlichen, gebildeten Mittelschichten.

Bei ihrer Kritik an der westlichen Gesellschaft bezogen sich die 68er auch auf den frühen Ansatz von Marx, wonach der Mensch in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft von seinem Wesen entfremdet werde und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf den Warenwert re-

duziert seien. Von Herbert Marcuse kam die moderne Kulturkritik mit einem gehörigen Schuss Kulturpessimismus dazu, der bald dominierte. Schließlich wurde das Ganze durch eine vehemente Ablehnung des technischen Fortschritts gekrönt.

Die 68er setzten dagegen das Wunschbild einer vollkommenen Gesellschaft, in der es keine Konflikte gebe und der Mensch alle seine Bedürfnisse problemlos befriedigen könne. Auch Marx hatte das so gesehen, aber er machte freilich die künftige Steigerung der Produktivität zur Voraussetzung dieses paradiesischen Zustands, in dem alles im Überfluss vorhanden sein würde. Für die 68er als Kinder der Wohlstandsgesellschaft war das wohl schon soweit.

Letztlich war das ein Zurück zu vorindustriellen, eben romantischen Vorstellungen, ein „romantischer Rückfall“ (Richard Löwenthal). In letzter Konsequenz entstand so später auch die „Tunix“-Bewegung. Andere 68er wurden zu Aussteigern, bis hin zur Emigration in indische Ashrams, zur Esoterik und zur „Bewusstseinserweiterung“ durch Drogen. So reizvoll der Slogan „Unterm Pflaster liegt der Strand“ sich auch anhört – unterm Pflaster liegen eben nur die Versorgungsleitungen, ohne die eine moderne Industriegesellschaft nicht auskommt. In mancher Vorstellung über die Südsee mag das anders sein. Doch die Vision vom Paradies zeigt, wie utopisch der natürlich nicht näher konkretisierte Ansatz der 68er war. Ein Erlösungsglaube!

Der neue Mensch

Die 68er wollten nicht nur eine andere Gesellschaft, sie wollten auch den neuen Menschen. Fasziniert von Maos „Kulturrevolution“ wollten sie so etwas auch hier in Gang setzen. Das wollten vor ihnen schon andere – und endeten in der Katastrophe.

Die Familie war für sie der Inbegriff des spießigen, vermufften Reaktiönären und galt als Brutstätte des Faschismus.

Selbstorganisation, alternative Lebensformen, schließlich die Revolutionierung des Alltags – das waren

die Mittel zur Erneuerung. So sollten auch die verfeimten Sekundärtugenden, die die autoritäre Persönlichkeit konstituierten, ausgerottet werden. Ein hehres Ziel; doch gerade die ständigen Konflikte in den APO-Kommunen zeigten, dass es so kaum gelingen kann, die Balance zwischen individueller Selbstbehauptung und kollektiver Gemeinsamkeit zu erhalten.

Das Innenleben der APO

So sehr mancher auch das anarchische Milieu der Bohème liebte, hier stand das Handlungs-Kollektiv über dem Individuum und jegliche Toleranz in der politischen Diskussion fehlte.

Bei vielen dieser Kommunen kam noch eines hinzu: der politische Gruppendruck. Die 68er waren schon früh in Gruppierungen zerfallen, die einander mit sektiererischem Eifer in endlosen Theorie-Diskussionen heftig befehdeten. Diese Konflikte wurden auch in manche Kommune hineingetragen. Wer vom wahren Glauben abgefallen war, sah sich einer Seelenmassage, einer Gehirnwäsche, genannt Gruppentherapie, schließlich auch einer Inquisition ausgesetzt.

Der Normalbürger, den es eigentlich zu gewinnen galt, wandte sich mit Entsetzen ab. Doch der sollte ja sowieso später umerzogen werden. In vielen 68ern steckte so ein gut Teil Neigung zur „Diktatur der Tugend“. Eine „merkwürdige Mischung aus selbstgerechtem Moralismus und bräsigem Zynismus“ nennt das Franz Walter.

Auch nach außen waren die 68er weder kompromissbereit noch dialogfähig. Die Szene machten sie am liebsten zum Tribunal. Der Stil des Auftretens war zwar mitunter voller Wortwitz, doch in der Regel bierernst, etwa wie die hölzerne Parole „Die Pflicht des Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen“. Statt romanischer oder angelsächsischer Eleganz des Arguments herrschte in Deutschland der Furor teutonicus, mit unverdaulicher Ideologie befrachtet und bürokratisch verunstaltet. Belehrung und Indoktrination beherrschten das Feld. So zeichnete

sich schon bald ein neues Jakobinerum ab, das mit Andersdenkenden am liebsten kurzen Prozess machen wollte.

„Wir haben sie so geliebt, die Revolution“

Mit diesen Worten blickte Cohn-Bendit später nostalgisch und auch mit einem Schuss Selbstironie zurück. In ihnen liegt die ganze Faszination eines „heroischen“ Aktionismus für Teile der Studentenschaft – noch heute eine für viele verklarte Erinnerung, die sie daran hindert, sich selbst und anderen gegenüber Rechenschaft abzulegen über ihr buntes Treiben fernab von jeder Realität.

Natürlich gab es auch unter den Älteren solche, die hellauf von der neuen Bewegung begeistert waren: nicht nur die alten Schlachtrösser der Weltrevolution, die freudig erregt mit den Hufen scharren, sondern auch andere: endlich einmal eine politisch engagierte Jugend, endlich wieder eine Renaissance des Marxismus. Und es gab auch solche, die im Wahn einer ewigen Jugendlichkeit der Jugend immer von vornherein recht gaben.

Dazu kam ein gut Teil elitären Bewusstseins: Während Marx das Proletariat als Träger einer künftigen Revolution gesehen hatte, hielten die 68er sich selbst für die Avantgarde der Revolution. André Gorz' These des „Abschieds vom Proletariat“ bestärkte sie in dieser Anmaßung. Erst durch ihre Aktionen würde das Proletariat wach und aktiv werden!

Sie waren voller Genugtuung, auf der richtigen Seite zu stehen und allein die Wahrheit zu kennen. Von dieser hohen Warte aus konnten sie mitleidig – oder auch arrogant – auf die Masse der bewusstlosen Manipulierten und Verführten herabblicken.

Manches von dem, was da vor sich ging, mag auch psychologisch zu erklären sein: Suche nach dem Sinn des Lebens und nach der eigenen Identität, anders leben wollen, Flucht vor der Komplexität der Industriegesellschaft, Streben nach einfachen Lösungen, Verachtung jedes Kompromisses, Abreagieren

des Aggressionsbedürfnisses, aber auch juvenile Lust am „auf den Putz hauen“.

In der gemeinsamen Aktion: Vergessen die persönlichen Schwächen. Streben nach einem starken Gefühl der Geborgenheit in der Gemeinschaft, die sich durch den Gegner, die Gesellschaft, definiert. Die Bewegung als Ersatzheimat. Persönliches Unbehagen wird auf einen äußeren Feind projiziert, und je grausiger dieser Feind erscheint, desto entschlossener kann man ihn bekämpfen. Manches an den vordergründigen politischen Kampfthemen dürfte auch eine Rationalisierung eines bewussten oder unbewussten aggressiven Potenzials gewesen sein, wie wir es heute noch an den „Autonomen“ beobachten. Das Leben war für sie ein Abenteuer-Spielplatz. Die gesellschaftlichen Institutionen darauf – das zu demontierende Klettergerüst. Die Pubertät – ein Dauerzustand, möglichst verlängert bis hin zur Midlife-Crisis und darüber hinaus.

Nur so lässt sich wohl die Frage beantworten, wie es dazu kommen konnte, dass ein Teil einer ganzen Generation sich dermaßen verführen ließ. Denn die Verführbarkeit der Massen und auch die Verführbarkeit der Intellektuellen sind ja ein altbekanntes Problem.

Der Zeitgeist

Politik und Ideologie der 68er-Bewegung stießen außerhalb auf negative Resonanz, auch wenn andere Jugendliche gerne ihren Habitus ohne die politischen Zutaten – allenfalls die hämische Verachtung der Politik – übernahmen. Und doch prägten viele Einstellungen der 68er in der Folge zunehmend einen großen Teil der öffentlichen Meinung und auch die vieler Bürger – auch der nachgewachsenen. Es galt lange als schick und fortschrittlich, sich zu den 68ern zu bekennen, Bruchstücke ihrer Anschauung zur Schau zu stellen, sich so in ihrem Glanz zu sonnen. Dann gab es natürlich noch den radical chic, die Faszination des sich links-intellektuell gebenden Salons: Besitzbürger und Publizisten, Schickeria auf links gestrickt.

Diese Ausrichtung setzte sich vor allem bald bei den Sinn-Vermittlern durch: in weiten Bereichen der Kultur, bei vielen Journalisten und Lehrern. Sie prägten nachhaltig den „Zeitgeist“. Die 68er hatten die kulturelle Hegemonie über weite Teile der Gesellschaft errungen, wie es schon über 30 Jahre zuvor der italienische Kommunist Antonio Gramsci als Vorstufe zur Erringung der Macht vorgeschlagen hatte.

„Auch ein Gutteil der Verlagsprogramme, Zeitschriftenredaktionen, Rundfunk- und Fernsehanstalten, der Theater-, Literaten- und Künstlerszenen standen im Banne dieser Zeitstimmung, und übte den Jargon einer pseudorevolutionären Eigentlichkeit.“ Gerd Koenen

Was bleibt?

Ist 68 vorbei? Gibt es „die 68er“ überhaupt noch?

Im kleinen harten Kern gibt es immer noch eine bewusste Minderheits-Position, die gar nicht zur Mehrheit werden will.

Viele 68er waren oder wurden ja ganz sympathische Leute, Träger einer unverklemmten Liberalität. Etliche haben sich von ihren abstrusen Ideen emanzipiert. Doch bei anderen ist, wenn oft auch abgeschwächt, geblieben: ein großer Teil des seinerzeit etablierten Zeitgeistes, der nach wie vor auf Dominanz aus ist, sowie eine Grundsympathie für die 68er, als Identifikations-Merkmal für einen Teil dieser Generation und als bruchstückhafte Prägung eines bestimmten Weltbildes mit durchaus politisch relevanten Reflexen.

Geblieben ist insbesondere die Herausbildung eines Milieus, eines erkennbaren, spezifischen Habitus: Teile des irgendwie linksgerichteten Bildungsbürgertums, technikfeindlich, kulturpessimistisch gestimmt, mit gemeinsamem Lebensgefühl, nach außen elitär und herablassend gegenüber den Spießern, nach innen mit einem Konformismus der neuen Art, mit einem guten Schuss Hedonismus (die Toskana-Fraktion!), oft voller Politiker-Verachtung.

Diese Definition durch das Milieu und die Bindung an das Milieu bestimmte, anders als früher die soziale Schichtung, dann auch bald in Form der Grünen die politische Landschaft.

Geblichen ist auch der Vorrang der eigenen Gefühle, eine hemmungslose Subjektivität mit einem Schuss Narzissmus, die zu einer penetranten Gefühligkeit führt, zur ständigen Berufung auf die „Betroffenheit“, wogegen sich schlichtweg nicht argumentieren lässt.

Auch manche politischen Reflexe sind noch da: Ein eingeeignetes Wahrnehmungsvermögen, eine Vorliebe für einfache Lösungen, ein unreflektierter Moralismus, ein tiefsitzender Kultur-Pessimismus, eine technik- und fortschrittsfeindliche Grundeinstellung. Viele lassen sich gern durch Ängste überwältigen, ohne zu versuchen, sich rational mit der Realität auseinanderzusetzen.

Zum tradierten Zeitgeist gehört auch der anti-westliche Reflex: Was Amerika macht, ist von vornherein schlecht und bekämpfenswert. Bricht sich da etwa die Enttäuschung darüber Bahn, dass der Westen 1989 den Kalten Krieg gewonnen hat?

Das Feindbild gilt erst recht für den vermeintlichen Außenposten des „Imperialismus“: Israel. War schon damals bei den 68ern eine antiisra-

elische Grundstimmung bemerkbar, zum Teil mit antisemitischen Untertönen vermischt, so ist heute Israel der Hauptfeind schlechthin.

Schließlich wirkt sich der Zeitgeist auch auf die Ausländerpolitik aus: Nicht nur diejenigen, die partout nicht wahrhaben wollten, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden war und deshalb eine Integrationspolitik brauchte, tragen Schuld an den Misserfolgen der Integration, sondern auch diejenigen, die zu lange vom Multikulturalismus schwärmten und an antizivilisatorischen Parallelgesellschaften nichts auszusetzen hatten. Die Frage, ob sich jede autonome, auf uralten Stammestraditionen beruhende und hauptsächlich von bildungsfernen Unterschichten getragene, zudem oft die Menschenrechte verletzende „Kultur“ mit anderen fremden Hochkulturen, mit denen wir problemlos zusammenleben können, gleichsetzen lässt, wurde weitgehend tabuisiert. Wer gegen dieses Tabu verstieß, wurde – und wird heute noch – in die rechtsradikale Ecke gestellt. So wichtig es auch nach wie vor ist, der Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten, so dürfen massive Probleme doch nicht unter den Teppich gekehrt werden. Leider haben das viele Medien und Politiker in der Absicht, das Volk zu erziehen, jahrelang gemacht.

Wir sehen also: Einiges vom Achtundsechzigertum wirkt nach wie vor fort.

Fazit

Der politische Ansatz der 68er ist restlos gescheitert. Und sie haben es mit ihren extremen Forderungen und Aktionen geschafft, nachhaltig andere, gemäßigte Reformbestrebungen zu diskreditieren. Noch heute schieben ja jene Kräfte, die die Uhr um fünfzig oder gar hundert Jahre zurückdrehen wollen, gerne alles, was seitdem geschehen ist, den 68ern in die Schuhe. Aber auch der Versuch, die 68er durch Berufung auf den sozio-kulturellen Wandel zu rehabilitieren, kann nicht überzeugen. Zwar haben sie zu ihm, zur Auflockerung der Gesellschaft, beigetragen, ihn auch verstärkt, doch letztlich waren sie nicht entscheidend, ja, haben sogar einiges übertrieben.

Eigentlich ist es ja wohl auch ein Armutszeugnis für jene, die damals nichts weniger als die totale Revolution wollten, dass sie sich heute damit zufrieden geben, zur Toleranz gegenüber generationsspezifischen Moden beigetragen zu haben.

Schliesslich: Es ist schade, dass bei manchen 68ern etliches an durchaus positiven Impulsen so entsetzlich fehlgeleitet worden ist. Welche sinnlose Vergeudung an Energie!

Siegfried Bärsch

14. Febr. 1920 in Frankenberg –
1. Sept. 2008 in Köln

Von Gerald Wiemers

Der sozialdemokratische deutsche Politiker Dr. med. Siegfried Bärsch wurde 1920 in Frankenberg in Sachsen geboren. Nach dem Abitur 1938 leistete er seinen Arbeitsdienst ab. Es folgen Wehrdienst und der Beginn des Medizinstudiums mit der Immatrikulation am 8. Januar 1940 in Leipzig. Kriegsbedingt ist die Se-

mestereinteilung durch sogenannte Trimester aufgehoben. Die Trimester finden mit einem Monat „Vorlesungsfreiheit“ statt, in denen die Studenten zum Fronteinsatz kommandiert werden. Zu Beginn des Trimesters 1941 setzt Siegfried Bärsch das Studium in Halle/S. fort. Daneben absolviert er seinen Wehrdienst,



Siegfried Bärsch

wird zwischenzeitlich mehrfach als Truppenarzt dienstverpflichtet und gerät schließlich für kurze Zeit in Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung arbeitet er zunächst an der Universitätshautklinik in Halle zusammen mit Hans Holz, Claus-Eberhard Boetzel und Wolfgang Gawantka. 1945 wird er in Halle Mitglied der SPD. 1946 widersetzt er sich der Vereinigung von SPD und KPD zur SED und tritt wieder aus. Nach der Verhaftung des Oberarztes Dr. Hans Holz - später ereilte das gleiche Schicksal die Dermatologen Boetzel und Gawantka - floh er am 2. Mai 1948 nach Bremen. Das dortige Hauptgesundheitsamt erfragt am 14. Januar 1949 erfolg-

reich seine Studienzeiten in Leipzig und Halle. Nur wenige Monate später wäre diese „Amtshilfe“ für sogenannte Republikflüchtige nicht mehr so einfach möglich gewesen. Bärtsch läßt sich für kurze Zeit als Arzt mit eigener Praxis nieder.

1948 tritt Bärtsch in Bremen erneut in die SPD ein und ist nebenberuflich als Redakteur einer politischen Wochenschrift für seine Partei tätig. Bereits 1949 wird er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der bremischen Sozialdemokraten gewählt. Bärtsch gehörte dem deutschen Bundestag über drei Legislaturperioden von der ersten Wahl 1949 bis 1961 an. Dem SPD-Parteivorstand gehörte bis 1959 an.

Siegfried Bärtsch wandte sich nach seiner politischen Karriere wieder der Medizin zu und ließ sich als praktischer Arzt in Köln nieder.

Am 1. September 2008 starb der verdiente Politiker und Arzt in Köln.

Der Autor

Der Historiker und Archivist Professor Dr. Gerald Wiemers ist unseren Lesern wohl bekannt. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur, studentischer Widerstand sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig.

Aus dem BWV-Bayern

Achim Beyer zum Jahrestag des Ungarnaufstandes von 1956

Das Vorstandsmitglied des BWV-Bayern sprach in Berlin

Das neue Ungarn hat den in der kommunistischen Diktatur offiziell verfeimten Jahrestag der Ungarischen Revolution von 1956 zum Nationalfeiertag erklärt. Zur diesjährigen Festveranstaltung am 23. Oktober hatte das Ungarische Kulturinstitut Berlin Achim Beyer, Mitglied der DDR-Widerstandsgruppe „Werdauer Oberschüler“ vor gut einem halben Jahrhundert, zum Festvortrag eingeladen. Eingebaut zwischen ungarischer Nationalhymne und Beethoven lautete der Programmpunkt: „Achim Beyer spricht über die Rolle des Ungarnaufstandes für seine Lebensentscheidungen.“ FREIHEIT UND RECHT dokumentiert den Wortlaut der Rede:

Es ist für mich eine große Ehre, heute hier bei Ihnen sprechen zu dürfen, an Ihrem Nationalfeiertag, im Gedenken an die „Ungarische Revolution von 1956“, an den großen Volksaufstand gegen die stalinistische Herrschaft in Ihrem Lande.

Mein Respekt, meine Anerkennung gilt all denen, die im Oktober 1956 in Budapest und anderen Orten unter Einsatz ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte kämpften. Ich verneige mich vor den Opfern, den Toten des November 1956. Sie starben im erbitterten Widerstand gegen eine militärische Übermacht, gegen sowjetische Panzer, gegen einen völkerrechtswidrigen brutalen Überfall. Diese abscheuliche Aggression wurde zy-

nisch als „brüderliche Hilfe gegen die Konterrevolution“ interpretiert und ging mit diesem Wortlaut in die damaligen Geschichtsbücher auch der DDR ein.

Es gab zu allen Zeiten politischen Widerstand gegen die kommunistische, über Jahrzehnte äußerst brutale stalinistische Diktatur, welche ideologisch verbrämt mit der Bezeichnung „Diktatur des Proletariats“ den Eindruck zu vermitteln versuchte, dem „Wohle des Volkes“ zu dienen. Aktiven Widerstand leisteten meist einzelne Personen oder kleine Gruppen – hunderttausende wurden deswegen verfolgt, verhaftet und verurteilt.

Erinnert werden muss aber auch an den Volksaufstand vom Juni 1953 in

der DDR, an die Aufstände in Polen und Ungarn 1956, an den „Prager Frühling“ 1968, bei denen Tausende, Hunderttausende sich für einige Tage oder auch Wochen zusammenschlossen, für Freiheit, Demokratie und andere Grundwerte demonstrierten. Auch ich habe aktiven politischen Widerstand geleistet, wurde deswegen 1951 im Prozess gegen 19 „Werdauer Oberschüler“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und war fünfzehn Monate inhaftiert.

„Werdauer Oberschüler“

Ich wurde 1932 in Dresden geboren und bin aufgewachsen in Werdau in Sachsen. Als junger Pimpf im „Deutschen Jungvolk“ lernte ich in der braunen Uniform marschieren und den unsäglichen Spruch: „Führer befiehlt, wir folgen Dir“. Von den Schrecken des Krieges, von den Gräueltaten der NS-Diktatur erfuhren wir Jugendlichen erst später, vor allem durch Zeitzeugen, welche die schlimme Zeit in den KZ überlebt hatten. Wir diskutierten damals sehr heftig und intensiv und kamen zur Überzeugung: „Nie wieder Krieg“; „Nie wieder Uniform“; „Nie wieder Diktatur“

Wir lasen aufmerksam den Gründungsauftrag der KPD in der Sowjetischen Besatzungszone vom 11. Juni 1945. Die Begriffe „Sozialismus“ und „Kommunismus“ suchten wir vergebens. Es wurde vielmehr versprochen, eine „parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten“ aufzubauen. Diese Begriffe waren für uns Fremdworte. Wir suchten deshalb politische Gespräche mit Sozialdemokraten und Liberalen, welche uns zur Mitarbeit beim Aufbau einer neuen, wirklich demokratischen Gesellschaft aufforderten, wozu wir auch bereit waren. Ich wurde 1947 Mitglied der damals überparteilichen *Freien Deutschen Jugend*, besuchte 1950 eine FDJ-Bezirks-Jugendschule und wurde FDJ-Funktionär in unserer Schule.

Doch bald wurde uns bewusst, dass die Politik auf eine neuerliche, auf eine „kommunistische“ Diktatur

zusteuerte. Spätestens 1948, als die SED zur „Partei neuen Typus“ mit allen Kennzeichen einer stalinistischen Diktatur mutierte, begannen massenhaft Verhaftungen politisch Andersdenkender.

Wir lasen in der Schule über den politischen Widerstand in der NS-Zeit, vor allem die Flugblätter der „Weißen Rose“, der Geschwister Scholl, aber auch illegal den im Osten verbotenen Roman „1984“ von George Orwell. Der Austausch bestimmter politischer Begriffe geschah nahezu automatisch; wir spürten, wir wussten: wir waren in einer neuerlichen Diktatur. Da „offene Diskussionen“ in der Schule und auch sonst brutal unterbunden wurden, blieb uns allein die Illegalität. Ich war Mitbegründer einer Widerstandsgruppe an der Oberschule Werdau. Unser Vorbild war die „Weiße Rose“, wie auch für damals viele andere Widerstandsgruppen an Oberschulen und Universitäten der jungen DDR. Unsere erste gemeinsame Aktion bestand darin, mittels eines Handdruckkastens unter schwierigen technischen und logistischen Bedingungen Flugblätter gegen die „Volkskammerwahl“ am 15.10.1950 herzustellen und zu verteilen. Diese sogenannte Wahl verstieß in nahezu allen Bedingungen gegen Artikel 51 der DDR-Verfassung von 1949.

Der Text dieses für uns besonders wichtigen Flugblattes lautete:

„Wir alle sehnen uns nach Frieden, nach der Einheit Deutschlands in Freiheit. Weg mit den Volksverrättern, wählt mit NEIN“

Die Schlüsselbegriffe „Frieden“, „Einheit Deutschlands“ und „Freiheit“ waren auch für unser späteres Handeln bestimmend. Wir führten in den folgenden Monaten noch mehrere Flugblatt-Aktionen durch. Während einer Flugblattaktion Mitte Mai 1951 wurden zwei meiner Freunde verhaftet und wenige Tage danach die gesamte Widerstandsgruppe. Wir hatten uns auf eine solche Situation nicht vorbereitet, kaum Fluchtvorbereitungen getrof-

fen. Wir hatten keine Vorstellungen von den Vernehmungspraktiken der Staatssicherheit.

Nach einigen Wochen waren die Vernehmungen bei der Stasi in Dresden abgeschlossen. In der Untersuchungs-Haft-Anstalt Zwickau, wohin man uns inzwischen verlegt hatte, wurde uns Ende September 1951 die Anklageschrift kurz vorgelegt und danach wieder eingesammelt. Notizen und andere Vorbereitungen auf den Prozess wurden nicht gestattet. In der Anklageschrift wurden uns „schwerste Verbrechen“ vorgeworfen. Es hieß u. a.: *Die Angeklagten „haben klar zu erkennen gegeben, dass sie die Feinde des Friedenslagers der 800 Millionen friedliebender Menschen sind. Sie haben sich selbst durch ihre verbrecherischen Handlungen aus der Gemeinschaft der friedliebenden Menschheit ausgeschlossen. Wir werden es nicht zulassen, dass die Erfolge im Kampf um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens, sowie des friedlichen Aufbaus, durch solche Elemente zu nichte gemacht werden.“* Es waren mithin harte Urteile zu erwarten!

Nach einer vorgegebenen Regie-Anweisung begann am 3. Oktober 1951 pünktlich 10 Uhr die Verhandlung vor 70 bis 80 ausgewählten Funktionären; unsere Eltern und weitere Angehörige waren nicht zugelassen, sie erhielten keine

„Eintrittskarten“, wurden vielmehr durch eine Hundertschaft „Volkspolizei“ am Betreten des Landgerichts-Gebäudes gehindert. Wenige Minuten vor Verhandlungsbeginn kam ein Herr auf mich zu, stellte sich als mein Verteidiger vor. Als ich ihn fragte, was uns erwarten und wie die Verhandlung verlaufen würde - ich hatte keinerlei Erfahrung -, sagte er mir, dass er noch keine Gelegenheit gehabt hätte, die Anklageschrift zu lesen.

Sowohl in der Anklageschrift als auch während der gesamten Verhandlung wurden die Texte unserer Flugblätter bewusst verschwiegen, hingegen nur die Begriffe „Hetzblätter“, „Hetzparolen“ benutzt. Nach nur 14,5 Stunden (incl. Pausen) wurden noch in der Nacht, gegen 0:30 Uhr, die Urteile gesprochen. Verurteilt wurden 19 Jugendliche, darunter sechs unter 18 Jahren, darunter drei Mädchen, zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus. Die Einzelstrafen lagen zwischen 2 und 15 Jahren.

Über unser Verhalten während des Prozesses protokollierte der Stasi-Offizier Wiedauer, unser Vernehmer, dass wir „*keinerlei Reue*“ gezeigt hätten, „*sondern offene Kundtaten, einer gerechten Sache gedient zu haben*“.

Die eigentliche Leidenszeit begann im Strafvollzug. Anfangs der 1950-er Jahre herrschten extrem menschenverachtende Haftbedingungen, heute kaum nachvollziehbar; noch immer plagen mich schlimme Träume.

Den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 erlebte ich in Halle in der Haftanstalt „Roter Ochse“. Es war ein aufregendes Erlebnis, ein aufregender Tag, denn wir Häftlinge wären beinahe befreit worden.

Seit unserer Verurteilung wurden durch unsere Eltern laufend Gnadengesuche und Revisionsanträge gestellt. Vergebens! Erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 veranlasste die damalige Justizministerin der DDR,

Hilde Benjamin, einen Strafnachlass. Damit begann endlich nach fünfeinhalb Jahren Haft für acht Verurteilte ab August 1956 eine Entlassungsaktion jeweils „auf Bewährung“ von 2 bis 5 Jahren. Obwohl ich nur zu einer „mittleren“



Achim Beyer

Strafe von acht Jahren verurteilt war, wurde ich erst am 13. Oktober 1956 als Letzter der Gruppe entlassen. Ich bin meinen Freunden noch heute dankbar, dass sie mit ihrer Flucht in den Westen gewartet haben, bis auch ich entlassen war. Sie erkannten die Gefahr, dass ich meine Strafe möglicherweise hätte voll verbüßen müssen.

Die Entlassung erfolgte damals grundsätzlich in den Wohnort der Eltern, meist in Werdau / Sachsen. Nicht nur seitens unserer früheren Freunde, sondern auch von unbekanntem Werdauer Bürgern er-

fuhren wir vielfältige Solidaritätsbeweise. Im krassen Gegensatz dazu blockierten die Behörden alle Ausbildungsmöglichkeiten, die wir dringend nötig hatten, denn wir waren 1951 als Schüler verhaftet und verurteilt worden. Schwierig war die Eingewöhnung in ein „normales ziviles Leben“: Ich musste beispielsweise erst wieder lernen, mit Messer und Gabel zu essen.

Dann erfuhr ich über den Sender RIAS, einen Westberliner Sender, am 23. Oktober 1956 vom Beginn des Ungarischen Volksaufstandes. Auch in den folgenden Tagen verfolgten meine Freunde und ich aufmerksam und aufgeregt die weitere Entwicklung. Wir diskutierten darüber, auch mit einigen Studenten aus Leipzig, welche uns über Unruhen an der Leipziger Universität berichteten, von Plänen zu streiken und zu demonstrieren ähnlich wie die Budapester Studenten. Bei uns keimte trotz aller bisherigen Negativ-Erfahrungen die

Hoffnung, dass es einen Dritten Weg, eine demokratische Variante zum „Stalinistischen Sozialismus“ geben könne – ähnlich wie eine Generation später mit dem „Prager Frühling 1968“ einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ beinahe schon verwirklicht sah. Doch diese Hoffnungen blieben letztlich Illusionen, die begraben werden mussten. Am 4. November 1956 hörten wir über RIAS Berlin von der brutalen Niederschlagung des Ungarischen Aufstandes.

Der Hauptangeklagte in unserem Prozess, der zu 15 Jahren Zuchthaus

verurteilte Joachim Gäbler, feierte am 4. November den Geburtstag seiner Freundin Ursula, die fünfzehn Jahre auf ihn gewartet hatte (beide sind noch immer glücklich verheiratet). Sie hörten gemeinsam die schlimmen Nachrichten, fassten spontan den Entschluss zur gemeinsamen Flucht nach Westberlin und flohen noch am gleichen Abend. Ich selbst floh am 6. November mit einem halblegal besorgten Interzonenpass nach Bayern

In welcher realen Gefahr wir uns in diesen Wochen befanden, war lange nicht bekannt. Das Oberste Gericht der DDR hatte in einer Grundsatzentscheidung das Abhören von Nachrichten im westlichen Rundfunk über den Volksaufstand in Ungarn 1956 und dessen brutale Zerschlagung durch sowjetische Panzer sowie die Diskussion darüber als strafbare Handlung interpretiert. 1957 wurden deshalb mehrere Personen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Auch uns hätte man erneut verurteilen können. Da wir vorzeitig „auf Bewährung“ entlassen worden waren, wäre auch die Reststrafe aus dem Prozess von 1951 dazu gekommen.

Die „Tawetter-Periode“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU währte nur kurz. Auch in der DDR hatte sich erneut die „stalinistische Fraktion“ durchgesetzt. Die Zahl der politischen Flüchtlinge aus der DDR und den anderen „sozialistischen Ländern“ nahm erheblich zu.

Im Sommersemester 1957 machte ich in Erlangen, meinem neuen Wohnort, die Bekanntschaft einiger geflüchteter Studenten, welche wie ich entschlossen waren, neben unserem Fachstudium „deutschlandpolitisch aktiv“ zu sein. Wir beschäftigten uns kritisch mit der politischen Entwicklung in der DDR, organisierten Seminare und andere Veranstaltungen. Wir gründeten eine politische Studentengruppe, die unter dem Namen „Collegia Politica“ an allen westdeutschen Universitäten über mehrere Jahre sehr aktiv war und von Anbeginn vom Ministerium für

Staatssicherheit der DDR observiert wurde.

Nach meinem Examen 1963 war ich in Erlangen Mitbegründer eines Instituts der DDR-Forschung, in welchem ich über 30 Jahre wissenschaftlich tätig war. In allen diesen Jahren hatte ich persönliche Kontakte zu Wissenschaftlern, die ihre ungarische Heimat 1956/1957 verlassen hatten, um der Rache der Stalinisten zu entgehen. Es waren immer sehr angenehme Begegnungen.

Über diese spezifische berufliche Tätigkeit hinaus habe ich mich auch ehrenamtlich „in Sachen Antikommunismus“ engagiert. Ich habe politische Bildungsarbeit – genauer Aufklärung – über Theorie und Praxis der kommunistischen Diktatur geleistet. Als Anhänger und Verfechter der deutschen „Einheit in Freiheit“ war ich in Erlangen 25 Jahre lang im Vorstand – die meiste Zeit als Vorsitzender – des „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ (KUD) aktiv. In einem der zahlreichen Dokumente des MfS über mich wurde mir u.a. bescheinigt, dass ich „flexible antikommunistische Angriffe gegen die SED-Politik“ geführt habe. Ich brauche mich wegen dieser Einschätzung wohl nicht zu schämen.

Das Jahr 1989 brachte das Ende des „kommunistischen Zeitalters“. Das „System“ war wirtschaftlich am Ende, wie selbst führende Wirtschaftsfunktionäre der DDR in zunächst geheim gehaltenen Analysen zugestanden; aber es war auch politisch am Ende, wie in internen Berichten von Partei-Instituten und vor allem der Ministerien für Staatssicherheit an die Parteiführungen nachzulesen ist. Doch die Parteiführungen wollten das nicht wahrhaben, nicht zur Kenntnis nehmen und wurden zunehmend von den Aktivitäten „ihres Volkes“ überrascht und überrannt.

Ich darf an ein anderes, sehr wichtiges Ereignis erinnern: Mit der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“, dem Abbau des Grenzzaunes seit April 1989 durch den ungarischen Außenminister Gyula Horn wurde

ein Signal gesetzt, welches ganz wesentlich zum Ende kommunistischer Diktatur in den Ländern des „sozialistischen Lagers“ beitrug. Es wurden Fakten geschaffen! Dafür ganz herzlichen Dank. Ich erlebte Herrn Horn bei einer Tagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, wo er in Anwesenheit von Hans-Dietrich Genscher darüber berichtete, wie er am 27. Juni 1989 in einem symbolischen Akt mit seinem österreichischen Amtskollegen den Grenzzaun durchschnitt. Voller Stolz zeigte er ein Stück des Stacheldrahtes.

Das Jahr 1989 bestätigte: Freiheit und Demokratie wurden hart erkämpft, der Kampf gegen die kommunistische Diktatur forderte viele Opfer. Der Kampf war aber nicht nur gerecht, sondern auch erfolgreich. Wir dürfen stolz darauf sein: Sie und die Tausende des Oktober/November 1956 und auch ich. Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich, sondern müssen immer neu errungen und verteidigt werden: „Wer in der Demokratie schläft, darf sich nicht wundern, in einer Diktatur aufzuwachen!“

So gesehen darf die Aufklärung über Entstehung und Charakter diktatorischer Systeme nicht nachlassen. Ganz aktuell notwendig ist die Abwehr von Nostalgie und von Lügen, Verharmlosungen, Verklärungen und Unwahrheiten über die kommunistisch-stalinistischen Diktaturen. Ich bin ganz zuversichtlich, dass uns das auch gelingen wird, wenn wir uns unserer Lebens- und Kampferfahrung erinnern und auf unsere ganz persönliche Verpflichtung gegenüber den Opfern des vielfältigen Widerstandes und insbesondere der „Ungarischen Revolution von 1956“ besinnen.

Buchhinweis

Achim Beyer: Urteil: 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die „Werdauer Oberschüler“ 1951, Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Band 1; Leipzig 2008 (3.Auflage) 111 S.

Neuerscheinungen

Hermann und Gerda Weber:

Leben nach dem „Prinzip links“

Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten

Christoph Links Verlag, Berlin 2006,
480 S., geb., 19,90 €

In seinem autobiographischen Werk „Damals, als ich Wunderlich hieß“ hat Hermann Weber 2002 seine Zeit als westdeutscher Student unter dem Decknamen „Hermann Wunderlich“ an der SED – Parteihochschule „Karl-Marx“ in Liebenwalde und Klein Machnow von 1947 bis 1949 geschildert. Rechtzeitig zu seinem 80. Geburtstag am 23. August 2008 haben er und seine Frau Gerda die Stationen eines durchaus untypischen Lebensweges zweier politisch geprägter Menschen beschrieben. Sie lassen aus der doppelten Sicht als Zeitzeugen und als Wissenschaftler das politische Geschehen der letzten Jahrzehnte lebendig Revue passieren.

Wegen illegaler Tätigkeit für die in der Bundesrepublik verbotene FDJ 1953 in Haft genommen, bewertet Weber, der damals auf die „Freiheitsberaubung durch den Adenauer-Staat“ wütend war, rückblickend die historische Furcht vor dem Kommunismus als ebenso übersteigert wie die harten Maßnahmen gegen Kommunisten im Westdeutschland der 50er und 60er Jahre, in deren Folge tausende von KPD-Mitgliedern zu Haftstrafen verurteilt wurden. Dem Verband zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges, der diese Verhaftungen anprangert, hält der ehemalige Häftling Weber vor, zu unterschlagen, dass die KPD und FDJ mit Hilfe der anleitenden SED bestrebt waren, das demokratische System zu beseitigen und die stalinistische DDR-Diktatur in ganz Deutschland zu errichten. Die aktuellen Bemühungen des Komitees, alle Haftopfer des Kalten Krieges gleichzusetzen, seien absurd. Denn während der Rechtsstaat seine politischen Häftlinge korrekt behandelt habe, hätten westdeutsche Kommunisten, die ihr Leben lang für die Partei gekämpft hatten und die unter falschen Anschuldigungen von ihren eigenen Genossen gequält wurden, in der DDR-Haft unvorstellbare Grausamkeiten erlitten.

Nach dem lange zuvor vollzogenen Bruch mit dem Stalinismus und dem Ausschluss Webers 1954 aus der KPD als „Angehöriger einer trotzkistischen Agentengruppe“ empfanden sich Gerda und Hermann Weber als „heimatlose Linke“, die ihren Weg – „arm wie die Kirchmäuse“ – in der westdeutschen Gesellschaft suchten. Die Ein-

künfte beschränkten sich auf die meist kümmerlichen Honorare, die Weber als Wanderredner in Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen erhielt. Aber er kam dadurch herum in Deutschland, wurde bekannter und lernte, 1955 der SPD beigetreten, Persönlichkeiten wie Leo Bauer, Herbert Wehner, Adolf Arndt, Stefan Thomas, Wolfgang Abendroth, Kurt Lichtenstein, Heinz Brandt kennen und traf Wolfgang Leonhard und Heinz Lippmann wieder. Durch die Schilderung der Begegnungen mit jenen Menschen, die den Lebensweg der Webers beeinflusst haben, werden die politischen Entwicklungen und die widerstreitenden Ideen einer Zeit lebendig, die längst Vergangenheit ist. Dem Leser wird ein anschaulicher Geschichtsunterricht zuteil, verbunden mit einer noblen Würdigung von Verstorbenen wie von Lebenden.

Die Erleichterung darüber, dass sie beide (1953 wurde auch Gerda Weber als Vorsitzende des erst 1957 verbotenen Demokratischen Frauenbundes inhaftiert) durch die von ihren Verteidigern 1958 erreichte Einstellung der Strafverfahren außer Verfolgung gesetzt wurden und der bittere Kelch einer längeren Strafhaft an ihnen vorüber ging, ist auch 50 Jahre danach spürbar. Zu verdanken hatten die beiden Angeklagten dies der Strategie von Rechtsanwalt Hans Caemmerer, der im Verfahren gegen Gerda Weber neben der Darlegung juristischer Gründe auf Wandlungen von Kommunisten wie Ruth Fischer und Ernst Reuter hinwies: „Wir müssen auch auf die tragische Situation der Angeklagten aufmerksam machen, die – hineingestellt in die Tragik unseres zweigeteilten Vaterlandes – mit ihrem Ehemann heute in der so genannten DDR als Erzagenten hohe Zuchthausstrafen, wenn nicht Schlimmeres, zu erwarten hätte und die nun hier in der Bundesrepublik wegen politischer Vergehen vor Gericht gestellt werden soll.“

Mit ihrer Lebensgeschichte schlagen die Autoren einen großen Bogen vom Bruch mit dem Stalinismus bis zum Zusammenbruch der DDR. Reich an persönlichen Erfahrungen und doch mit wohlthuender innerer Distanz führen Hermann und Gerda Weber den Leser ein in die deutsche Vergangenheit, die geprägt war von den großen politischen und ideologischen Auseinandersetzungen und ihrer persönlichen Suche nach der eigenen politischen Heimat. Als Anhänger der Idee eines dritten Weges, einer Gesellschaftsordnung, die sich grundsätzlich vom Kapitalismus wie vom Stalinismus unterschied und durch Reformen und Demokratisierung einen „menschlichen Sozialismus“ schaffen wollte, hat Weber auf dem SPD-Kongress „Junge Generation und Macht“

1960 erfahren, dass es wohl doch eine vernünftigeren Perspektive als den „dritten Weg“ gab. Ein Satz aus der Rede Willy Brandts war es, der Weber zum Nachdenken brachte: „Wir deutschen Sozialdemokraten wollen durch den Aufbau einer gerechten Ordnung zeigen, dass die Demokratie der kommunistischen Diktatur überlegen ist.“

Auch als Hochschullehrer hat Hermann Weber öffentlich an der politischen Aufklärung mitgewirkt und sich nicht im wissenschaftlichen Elfenbeinturm verkrochen. Obwohl der großen Sozialutopie der Arbeiterbewegung weiterhin zugetan, hatte er besseres zu tun, als sich mit den „lautstarken Krakeelern“ des KP-Studentenbundes „Spartakus“ auseinander zu setzen. Sein Hauptinteresse galt weiterhin dem Kampf gegen jede Diktatur und der Grundsatzfrage, wann und wie sich die kommunistische Bewegung in den barbarischen Stalinismus wandelte und wo die Ursachen lagen. Schon früh avancierte der spätere „Nestor der deutschen Kommunismus-Forschung“ mit seinen wegweisenden Büchern und unzähligen anderen Publikationen zum SED-Feindbild. Jahrzehntlang wurde er von SED und MfS argwöhnisch beobachtet. Erst am 28. Dezember 1989 wurde der durch das „Büro der Leitung“ 1966 angelegte Sondervorgang des MfS für den „Renegaten“ Weber beendet.

Wie gefährlich die SED-Führung die Arbeiten und international beachteten Auftritte Webers einschätzte, hat der DDR-Historiker Wolfgang Kießling vor zehn Jahren in NEUES DEUTSCHLAND zusammen gefasst:

„In der DDR galt Hermann Weber, Professor an der Universität Mannheim, als Schrecken der KPD- bzw. SED-Historiographie. Seine Schriften wurden wie Zyankali im Giftschrank aufbewahrt. Wer Zugang hatte, las sie aufmerksam und, wie ich, mit großem Gewinn... Das Problem mit ihm bestand darin, dass er auf eiternde Wunden deutete, die sich die Geschichtsschreibung der SED selbst zugefügt hatte. Als Redakteur der ‚Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung‘ (BzG) saß ich an einer Schnittstelle, wo die Anweisungen zum Umgang mit Weber aus dem ZK-Haus am Werderschen Markt und konforme Meinungen aus den für Parteigeschichte zuständigen Institutionen zusammen liefen... Generell stand immer nur die Frage, soll man Weber totschweigen oder, weil er an der Wahrheit dran war, einen raffinierten Antikommunisten nennen.“

Der Fall der Mauer und der Zusammenbruch der kommunistischen Regime waren auch für Gerda und Hermann Weber absolute Sternstunden. Sie hatten immer darauf vertraut, dass Friedrich Engels mit der Voraussage recht behält, das die „Explosivkraft der demokratischen Ideen“ und der „der Menschheit angeborene Drang nach Freiheit“ sich letztlich durchsetzen würden: „Aber dass die Explosivkraft so plötzlich wirksam werden und die Demokratie 1989 friedlich siegen könne, das hat uns überrascht“.

Seitdem gilt der vielfältige Einsatz des emeritierten Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Geschichte des Kommunismus und der Rettung von Archiven: „Ich hatte nicht vergessen, welche Folgen das Ignorieren der NS-Vergangenheit in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik gehabt hatte, wie viel Zeit verging, bis die Wissenschaft Hintergründe thematisierte und die Gesellschaft die barbarischen Verbrechen der NS-Diktatur zur Kenntnis nahm. Vor allem sollte die rasche Öffnung der Archive Forschern die Möglichkeit bieten, die 40jährige DDR-Entwicklung frühzeitig analysieren zu können. Damit war einerseits der primitiven Gleichsetzung beider deutschen Diktaturen der Boden zu entziehen, und andererseits jede Schönfärberei des SED-Regimes zu verhindern.“

Die Verdienste der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und zur Überwindung ihrer Folgen im Prozess der Deutschen Einheit, deren Materialien über 30.000 Druckseiten umfassen, sind auch ein Verdienst Hermann Webers.

Mit seiner Frau Gerda, die wie er aktiv in der politischen Bildungsarbeit ist und sich durch ihre Veröffentlichungen zum DFD, zur DDR-Frauenpolitik, zur ideologischen Erziehung und zum Schulwesen als Lehrerin und Journalistin einen Namen gemacht hat, hält Hermann Weber am „Leben nach dem Prinzip links“ fest. Es ist das Prinzip des Fortschritts, der Aufklärung, Humanität, Freiheit, Solidarität und Zivilgesellschaft. Es hat ihr Leben geprägt und den Leser für sie eingenommen.

Hans-Jürgen Grasemann

„... ehrlich und gewissenhaft...“

Mielkes Mannen gegen das Neue Forum

Berlin 2008. zba-Buch

mit 18 Abbildungen und einem Geleitwort von Eckhard Jesse und Gert Weisskirchen

Das Buch zeichnet eine einzigartige Geschichte über das Ende der DDR auf. Die Berliner Journalisten Karl-Heinz Baum und Roland Walter dokumentieren den Kampf der Staatssicherheit gegen das Neue Forum und fügen zahlreiche Zeitzeugnisse unerschrockener Menschen hinzu. So viel die Staatssicherheit auch erfuhr und akribisch festhielt, am Ende schrieb sie nur noch das Protokoll des eigenen Endes und des Unterganges der DDR. Das seiner selbst bewusst gewordene Volk – „Wir sind das Volk“ – hatte die „Stasi“, dieses lange Jahrzehnte zu Recht gefürchtete „Staatsorgan“ im Dienste der SED, besiegt. Zuletzt bröckelte die Herrschaft der Angst immer mehr.

Im Geleitwort weist der Chemnitzer Politikwissenschaftler Professor Eckhard Jesse auf „die große Unzufriedenheit der Bevölkerung“ hin, die wesentlich zum Ende der DDR beigetragen hat. Gerade dafür sind die Zeitzeugnisse bereiteter Beleg. Physiker Martin Böttger, Organisator des Neuen Forums vor Ort: „Die Menschen wollten eine verratene Idee wieder aufleben lassen, die Idee der Menschenrechte.“ Kinderarzt Günter Bartsch: „Wir hatten das feine Empfinden, jetzt ist der Zeitpunkt zum Geschichteschreiben“. Physiker Johannes Gerlach: „Meine Kinder sollten einmal ohne politisch motivierte Verbiegungen ihr Leben gestalten können“. Ingenieur Xaver Kutscher: „Endlich war dieser Stillstand, dieses lähmende Nichts, nicht mehr vorhanden. Man konnte wieder an Träume glauben.“

Ebefalls im Geleitwort schreibt Gert Weisskirchen: „Die Zeitzeugen machen auf Desiderata der historischen Forschung aufmerksam. Umfassende Studien über die Zusammenhänge zwischen individuellen Motivationen, sozialen Lagen und Zukunftserwartungen stehen noch aus. Das Buch kann zu weiteren Fragestellungen anregen, die zu tiefer gehenden Erkenntnissen führen. Sie können erheblich zum besseren Verstehen von Prozessen des Gestaltwandels von Gesellschaften beitragen, damit deutlicher wird, welche Faktoren den Grund stürzenden politischen Wandels beschleunigen.“

Die „Freie Presse“ Chemnitz schrieb zur Buchvorstellung: „Historisch gesehen dürfen sich die Stasi-Protokollanten sogar damit schmücken, mit ihren Spitzelschriftsätzen den Gang der friedlichen Revolution für die Nachwelt dokumentiert zu haben“ und spottet über jenen Spitzel, der für ehrliche und gewissenhafte Arbeit noch am Tag des Mauerfalls 30 000 Ost-Mark für ein Auto erhielt, um das „Neue Forum“ besser überwachen zu können: „Er konnte sich mit dem Judasauto nur noch das DM-Begrüßungsgeld abholen.“

Lutz Rathenow:

Im Land des Kohls

Illustriert von Tom Meilhammer

Edition Buntehunde, Regensburg 2008

40 S., 19 Illustrationen, 13,90 €

Eine Grotteske lacht uns an, vergessen ist das Jammern

Lutz Rathenow liebt die Bilderbücher oder die Bücher mit Bildern. Mit dem Fotografen Harald Hauswald gab er gleich mehrere heraus, wobei OSTBERLIN ein echter Bestseller wurde.

Neben den Kinderbüchern – am erfolgreichsten sein „Ein Eisbär aus Apolda“ – erscheinen auch illustrierte Bücher für Erwachsene, zuletzt die Grotteske „Im Land des

Kohls“. Hier wird die galoppierende Verblödung beim verbissenen Kampf um die politische Macht in autoritär verfassten Staaten und in urkomischen Konstellationen vorexerziert. Die von Lutz Rathenow geschriebene Slapstick-Erzählung, die bereits 1982 in limitierter Kleinstauflage zu hohem Preis bei einer Westberliner Handpresse veröffentlicht worden war, handelte nicht nur von permanenten Mißverständnissen, sie löste selbige auch gleich aus. So sah der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden durch die Figur des „Ministers für innere Ruheundordnung“ die Staatssicherheit diffamiert und verbot den Text. Der Autor las ihn dafür – Ruheundordnung sollten schließlich gewahrt bleiben – in Kirchen, besonders bei der Offenen Jugendarbeit vor. Im Westen wurde die Geschichte mit Blick auf die beginnende Regierungsära Helmut Kohls als neudeutsche Satire gelesen und so kaum verstanden, weil sie mit vielem zu tun hat, aber nicht mit dem Alt-Bundeskanzler. Und dann druckte sie noch der Westberliner Kleinverleger unter falschem Autorennamen: Lutz Rathenow ist seitdem in der Deutschen Bücherei Leipzig als eigener Autor vermerkt – nähere Angaben zum Verfasser unbekannt.

Nach 25 Jahren wird die Grotteske nun – angemessen schräg illustriert von Tom Meilhammer, der die Figuren in die Kaiserzeit versetzt – nochmals herausgebracht und so gezeigt, wie sich ein Text verwandelt, ohne das er verändert wurde. Außerhalb des bibliophilen Ghettos, nunmehr auf dem gesamtdeutschen Buchmarkt, stellt er sich dem Belastungstest der Wirkung heute: autoritär durchherrschte ehemalige Sowjetrepubliken kommen einem dabei ebenso in den Sinn wie Reflexionen zum politischen Alltagsgeschäft in verschiedenen Teilen der Welt. Oder in Deutschland selbst. Noch immer reizt Rathenows Duktus, seine mit einer reichlichen Portion Absurdität ausgestattete Lakonie, wie etwa bei der vom Hofgeiger vorgespielten Kurzfassung der neuen Sinfonie: „Geboren an der Erde Brust, / dem Staate dienen, welche Lust!“. Nicht nur diese Stelle zeigt, wie der Text für sich steht, eine eigene Kunst-Wirklichkeit entwirft. Denn auch in der DDR entstandene und dort verbotene Literatur bezog sich eben nie nur auf die DDR. Gleichwohl zeigt „Im Land des Kohls“ auf, wie man sich von der Prägung durch staatliche Zwänge durch sprachspielerische Weise befreien kann. Der Regierer in Rathenows Geschichte ist ein wenig gemüthlicher veranlagt als viele seiner Vorbilder, und damit vielleicht einen Hauch zu berechenbar und harmlos. Genau das aber ist hier auch ein Gewinn, denn in der Realität sind politische Machtkämpfe selten so amüsant, wie sie sich im Buch lesen.

Zu verdanken ist diese Veröffentlichung der in Regensburg ansässigen Edition Buntehunde, die schon Rathenows rätselhaftes Bilderbuch „Tag der Wunder“ im Vorjahr nachdruckte. Überhaupt riskiert diese Edition schwierige Bücher für Kinder und Erwachsene. Im Zeitalter der Verlagskonzentration, so eine vormalige Kultur-Staatsministerin, seien es gerade „oft die kleinen Verlage“, die „das kulturelle Gedächtnis des Landes“ bewahren – oder, fügen wir an, überhaupt erst zu bilden versuchen.

Christian Dorn

Dieter J. Weiß:

Kronprinz Rupprecht von Bayern (1869-1955)

Eine politische Biografie

Regensburg 2007

Der Bayreuther Professor für bayerische Landesgeschichte Dieter J. Weiß hat mit der Lebensgeschichte des Kronprinzen Rupprecht ein gewichtiges Werk vorgelegt, das auf dem boomenden Markt der Biographien sicher viele Leser finden wird. Zwar ist es nicht die erste Darstellung des Lebens des Wittelsbachers - schon zu Lebzeiten gab es erste Werke über ihn -, doch kann Weiß mit neuen Quellenfunden aufwarten. Besonders gelobt werden muss die übersichtliche Strukturierung des Buches, bei dem eine übergroße Fülle an Materialien aus dem Geheimen Hausarchiv der Wittelsbacher gebündelt werden musste: Kronprinz Rupprecht hat seinen Biographen insofern die Arbeit erleichtert, als er während seines ganzen Lebens autobiographische Aufzeichnungen in Form von Tagebüchern, Briefen und Denkschriften gemacht hat, die in wesentlichen Teilen erhalten geblieben sind. Allerdings bleibt für den Historiker die Qual der Wahl, aus diesem großen Papierberg die relevanten und aussagekräftigsten Dokumente herauszusuchen. Abgerundet wird die Darstellung durch die kenntnisreiche Einbettung des Lebens in die allgemeine bayerische Geschichte und ihre vielfältigen Wechselbeziehungen mit dem Reich. Bildmaterial und eine Stammtafel bereichern das Werk zusätzlich.

Als Rupprecht Maria Luitpold Ferdinand von Bayern am 18. Mai 1869 in München geboren wurde, schien seine Thronfolge wenig wahrscheinlich. König Ludwig II. von Bayern hatte nur wenige Jahre zuvor, 1864, den Thron bestiegen, nächster Anwärter war dessen Bruder Otto. Der 3. Sohn Ludwigs I., Prinz Luitpold, und Luitpolds Sohn, der spätere Ludwig III., sowie Ludwigs Sohn Rupprecht galten daher zunächst nicht als Anwärter auf den bayerischen Thron. Dementsprechend war auch das Elternhaus - für adelige Verhältnisse - finanziell knapp ausgestattet. Rupprecht wurde nicht nur von Hauslehrern, sondern auch am Maximilians-Gymnasium in München erzogen. Von 1886 bis 1889 leistete er seinen dreijährigen Militärdienst, danach nahm er dann ein Studium generale an der Ludwig-Maximilians-Universität in München auf. Nach einem Studiensemester in Berlin 1890 wurde Prinz Rupprecht an der bayerischen Kriegsakademie ausgebildet. 1900 heiratete er die jüngste Tochter von Herzog Karl Theodor in Bayern, Marie Gabriele (1878-1912), in zweiter Ehe war er mit Antonie von Luxemburg (1899-1954) verheiratet. Nicht zuletzt die finanziellen Aspekte dürften zur Beendigung der Regentschaft nach dem Tod von Prinzregent Luitpold 1912 und der Proklamation Ludwigs III. zum König geführt haben: die jährliche Apanage Rupprechts, nun Kronprinz, verzehnfachte sich.

Im Ersten Weltkrieg wurde Kronprinz Rupprecht Oberbefehlshaber des Armeekorps (AOK) 6 und Generalfeldmarschall. Mit der Revolution von 1918/1919 waren ihm seine zwei Berufsfelder, für die er seit 1886 ausgebildet worden war, verschlossen: die Monarchie war abgeschafft, eine bayerische Armee gab es nicht mehr (S. 168). Schlimmer noch: Wohnsitz, Besitz und Einkommen waren ihm ebenfalls abhanden gekommen. Erst durch den Wittelsbacher Ausgleichsfonds wurde 1922 eine Regelung mit Abschlagszahlungen begonnen, der 1923 eine gesetzliche Form erhielt. Den Rest seines Lebens sollte er damit verbringen, auf eine eventuelle Restauration der Monarchie in Bayern zu hoffen. Repräsentationsaufgaben, die denen eines Monarchen ähnelten, Reisen in die ganze Welt und das leidenschaftliche Sammeln von Kunstgegenständen konnten nur wenig über die Tatsache hinweg täuschen, dass seine ihm qua Geburt zugesicherte Lebensaufgabe nicht ausgeübt werden konnte.

Er war, das geht aus der Lektüre des Buches deutlich hervor, ein Kind seiner Zeit. Gerade in den Anfangsjahren des Ersten Weltkriegs sind auch von Rupprecht martialische Töne und unrealistische Kriegsforderungen zu hören. So forderte er die bayerische Annexion des Elsass sowie - und das ist besonders pikant - die Aufteilung Belgiens, mit dessen König Albert, seinem Schwager, er bis 1914 nicht nur verwandtschaftlich, sondern auch freundschaftlich verbunden war. Kronprinz Rupprecht schwante allerdings früher als seinem ähnlich martialisch sich gerierenden Vater Ludwig, dass der Krieg lang dauern würde und ein „Siegfrieden“ wohl ausgeschlossen war. Dem Nationalsozialismus dagegen stand er schon früh kritisch gegenüber: Hitler, den er einmal traf, lehnte er ab, da er ihn als Hysteriker betrachtete (S. 253). Der Verreichlichung, bei der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen wurden, widersetzte sich Rupprecht auch in einem Brief an Hitler 1934.

Das Leben Rupprechts kann nicht anders als tragisch gesehen werden. Das Leben als Thronprätendent war ein Leben im Wartestand und in seinem Fall ein Warten, das sich nicht einmal lohnen sollte, da es nie zu einer Thronbesteigung kam. Die ständigen Reglementierungen als Angehöriger einer königlichen Familie haben ihn überdies stark eingeschränkt: schon 1907 bemerkte Rupprecht selbst, er sei ständig gebremst worden und habe zwar „viele gesehen, geleistet aber nur wenig, denn man ließ mich nichts leisten außer im militärischen Berufe...“ (S. 40). Zwar war es ein Leben mit Privilegien: militärische Ehren und Orden regneten bereits auf den Teenager hinab. Schon zum 17. Geburtstag war er zum Seconde-Leutnant ernannt worden, 1913 war er bis zum Generalobersten der Infanterie und Generalinspekteur der IV. Armeespektion aufgestiegen. Hunger musste er selbst im Kriegswinter 1916/1917 nicht leiden, im Gegenteil wurde er von seinem Hofmarschall ersucht, Lebensmittel von der Front nach München mitzubringen.

Den Zweiten Weltkrieg verbrachte er - vergleichsweise sicher - nach einer Einladung des italienischen Königs Viktor Emanuel III. in Italien. Erst mit der Landung alliierter Truppen in Sizilien 1943 und dem Attentat vom 20. Juli 1944 verschärfte sich auch die Situation für Rupprecht und er befürchtete eine „Sicherheitsverwahrung“ durch die SS, der er durch Untertauchen in ein Versteck entging. Weniger Glück hatten dagegen der Erbprinz Albrecht aus erster Ehe sowie die vier Töchter aus zweiter Ehe, die alle in das KZ Saehsenhausen und später in das KZ Flossenbürg und in das KZ Dachau eingeliefert wurden. Die Repatriierung des Thronprätendenten verlief stilvoll: General Eisenhower stellte Rupprecht Ende 1945 in Italien ein Flugzeug zur Heimreise zur Verfügung.

Kronprinz Rupprecht hat - wie manche andere Deutsche - fünf Deutschlands erlebt: Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich, Besatzungszeit und die junge Bundesrepublik. Es stimmt nur traurig, dass ein Mann, dem so viel an Bildung und Privilegien zuteil wurde, sich keine andere Rolle im Leben vorstellen konnte als die eines bayerischen Monarchen. Vergleicht man ihn mit dem wenige Jahre jüngeren Konrad Adenauer, der gleichfalls im Kaiserreich sozialisiert wurde, wird deutlich, wie flexibel Adenauer auf veränderte Situationen reagieren konnte, während Rupprecht ganze Dekaden in seiner Erwartungshaltung verharrete. Vielleicht ist das eine der wesentlichen Botschaften der Demokratie: man muss sich seinen Platz im Leben erarbeiten und erhält ihn nicht mit der Geburt geschenkt.

Edith Raim

Götz Aly:

Unser Kampf.

1968 – ein irritierter Blick zurück.

Frankfurt/M. 2008 (S. Fischer-Verlag),

253 S., 19,90 €

Von einem „linken Faschismus“ sprach der Philosoph Jürgen Habermas angesichts von Dogmatismus und Fanatismus, Gewaltbereitschaft und Intoleranz vieler Achtundsechziger. Vierzig Jahre später will nun der Historiker Götz Aly offenbar das Buch zu dieser These liefern. Bereits zu Beginn heißt es: „Doch die Selbstermächtigung der Achtundsechziger zur gesellschaftlichen Avantgarde, ihr Fortschrittsglaube, ihre individuelle Veränderungswut, ihre Lust an der Tabula rasa und – damit bald verbunden – an der Gewalt erweisen sich bei näherem Hinsehen als sehr deutsche Spätausläufer des Totalitarismus“ (S. 8). Daher betitelte Aly sein Buch auch „Unser Kampf“ – eine kaum versteckte Anspielung auf Hitlers „Mein Kampf“, womit der Autor die Achtundsechziger in einen inhaltlichen Zusam-

menhang mit der Bewegung und Ideologie des Nationalsozialismus bringt. Ausdrücklich betont er die damit zusammenhängenden Gemeinsamkeiten in einem Kapitel, das die nationalsozialistische Studentenbewegung vor 1933 mit der linken Studentenbewegung von 1968 vergleicht.

Solche Aussagen – noch dazu von einem ehemaligen Achtundsechziger und Maoisten – wirken provokativ. Doch wie überzeugend sind die damit verbundenen Gleichsetzungen? Werden nur Gemeinsamkeiten formaler oder auch inhaltlicher Art ausgemacht? Wie repräsentativ sind die gefundenen Ähnlichkeiten? Derartigen Fragen hat sich eine kritische Lektüre des Buches zu stellen. Aly stellte sie sich leider nur in Ansätzen. Der Historiker fiel bislang immer wieder durch seine innovativen Forschungsansätze zur Analyse des Nationalsozialismus auf, hatte aber durch die einseitige Betonung bestimmter Ursachen für die Politik der Hitler-Regierung auch zurecht Widerspruch ausgelöst. Leider zieht sich der letztgenannte kritikwürdige Gesichtspunkt erneut all zu stark durch sein Buch „Unser Kampf“. Hinzu kommt eine mehr essayistische und weniger strukturierte Anlage des Bandes. Und schließlich verstört in einem Buch mit wissenschaftlichem Anspruch auch die immer wieder auszumachende persönliche und subjektive Sicht des Autors.

Doch wie argumentiert Aly? In den zwölf Kapiteln hebt er anhand verschiedener Themenfelder die angesprochenen Gemeinsamkeiten hervor: Er beklagt das Selbstverständnis als Avantgarde und den Hang zum Aktionismus; er kritisiert die Beschwörung des Kampfes und die Verdammung des Pluralismus; er verwirft das eschatologische Denken und den „linken“ Personenkult. Besondere Kapitel widmen sich dem aufkommenden Antiamerikanismus, der ebenso wie die vehemente Israel-Kritik als Abwehr historischer Schuld im Kontext des Nationalsozialismus gesehen wird. Immer wieder nutzt Aly darüber hinaus NS-Anspielungen in der Wortwahl: Für ihn strebten die Achtundsechziger eine „Machtergreifung in Westberlin“ (S. 84) an, bei Demonstrationen waren in Anlehnung an das Horst Wessel-Lied „die Reihen festgeschlossen“ (S. 96). Hier setzt Aly leider weniger auf inhaltliche Analyse und mehr auf insinuerende Effekte. Für eine differenzierte und ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema sprechen derartige Methoden nicht!

Einige angebliche oder tatsächliche Besonderheiten der Achtundsechziger Bewegung hebt er hervor, um damit gekünstelt und krampfhaft seine zentrale These zu belegen. So schreibt Aly etwa, die NS-Studentenschaft wollte „wie ihre Nachfahren von 1968 ... Standesunterschiede“ nivellieren (S. 174). Ist nun jeder, der soziale Unterschiede überwinden will, damit schon nationalsozialistisch? Sicherlich meint Aly dies wohl nicht ernsthaft, gleichwohl steht es so in seinem Buch geschrieben. Zutreffend kritisiert er auch die Begeisterung der Achtundsechziger für den „Massenmörder Mao“ (S. 104). Nur, entgegen seiner Darstellungen waren des-

sen Verbrechen in der damaligen westlichen Welt nicht ausreichend bekannt. Immerhin lobten Anfang der 1970er Jahre selbst noch Politiker wie Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß den chinesischen Diktator. Dies entschuldigt gleichwohl nicht die Achtundsechziger, denen jegliche Distanz zu anderen kommunistischen Diktaturen wie in Kuba oder Vietnam fehlte.

Insgesamt verschenkt Aly die Gelegenheit, die vielen wirklich kritikwürdigen Aspekte der Achtundsechziger Bewegung heraus zu arbeiten. Sein Buch gibt dazu eine Reihe von wichtigen Anregungen. Eine vor allem im politischen Umfeld der „Ehemaligen“ kursierende Perspektive, welche in romantischer Jugenderinnerung an eine schöne Zeit der Rebellion schwelgt, verdient in der Tat eine andere Sicht der Dinge. In elitärem Selbstverständnis und politischem Realitätsverlust artikuliert sich eine bedenkliche Haltung, welche in Frontstellung zu den Normen und Regeln einer liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft stand. Gerade in der damaligen Kritik des Politikwissenschaftlers Richard Löwenthal, der von „studentischem Elitedenken“ und einem „romantischen Rückfall“ sprach, artikuliert sich dies in aller Deutlichkeit. Aly erinnert zurecht an dessen Einwände, hätte sich daran aber auch selbst mehr orientieren können. Für „Unser Kampf“ gilt in Kurzform: Sein wichtiges inhaltliches Anliegen hat Aly durch platte historische Gleichsetzungen verstoßert.

Armin Pfahl-Traugher

Britta Heymann:

Ernst Melsheimer (1897 – 1960)

Eine juristische Karriere in verschiedenen staatlichen Systemen

Internationaler Verlag der Wissenschaften Peter Lang
Frankfurt/M. 2007, 285 S., 51,50 €

Juristischer Erfüllungsgehilfe zweier Diktaturen

Das Bild von Ernst Melsheimer, dem ersten Generalstaatsanwalt der DDR, ist vor allem geprägt durch seine „Auftritte“ in den Schauprozessen in den 50er Jahren. Seine zuweilen sich überschlagende Stimme, seine aggressiven Fragestellungen im Kreuzverhör erweckten ungute Assoziationen an Roland Freisler, den berüchtigten Präsidenten des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes. In seinen Plädoyers war sich Melsheimer nicht zu schade, auch ordinäre Verbalinjurien gegen die Angeklagten zu gebrauchen. Nicht nur charakterisierte er die Angeklagten im einzelnen als „eingefleischte“ oder „unerhörte Feinde“ der DDR, er

diffamierte einen von ihnen auch als „Schmeißfliege“, einen anderen als „elendes Subjekt“, das vor Gericht „das Schauspiel eines Ekels“ bot: „Wir haben also in ihm das Bild eines abgefeimten und üblen, eines miserablen, eines charakterlich und menschlich dreckigen Subjekts.“ Für viele war er der „Wyschinski der DDR“.

Von Melsheimers Auftreten zeugen noch heute Tonbandaufnahmen im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und eine Dokumentation mit originalem Filmmaterial der DEFA-Wochenschau, die das ZDF 1992 unter dem Titel „Wer kämpft für das Recht, der hat immer Recht - Das stalinistische Erbe der DDR-Justiz“ ausstrahlte und deren Langfassung die Bundeszentrale für Politische Bildung zur Verfügung stellt.

Melsheimers Arena war das Oberste Gericht. Dort sollten Schuldige für wirtschaftliche Missstände verantwortlich oder politische Gegner, meist aus den Blockparteien, bloßgestellt und unschädlich gemacht werden. Die schauprozessualen Inszenierungen dienten der Ablenkung von den wahren aktuellen Problemen und nicht zuletzt dem Machterhalt Ulbrichts und der „Profilierung“ gegenüber Westdeutschland. Nach außen wurde die Einhaltung der formellen Voraussetzungen gewahrt. Tatsächlich aber handelte es sich um unzulässige Verfahren, in denen das Gericht nicht selbst entschied, sondern die Urteile vorher mit dem SED-Politbüro abgestimmt oder gar von diesem diktiert wurden. Nicht gewahrt wurden die Verfahrens- und Verteidigungsrechte der Angeklagten. Sie waren zuvor durch die Vernehmungsmethoden des MfS auf den Schauprozess vorbereitet worden, dass sie in der Regel alle Anschuldigungen als wahr einräumten, sich selbst schuldig bekannten. Häufig bestätigten sie die äußerst gute Behandlung durch die Untersuchungsorgane in deren Haftanstalten und priesen ihre Dankbarkeit, dass die Staatsorgane der DDR ihnen den „richtigen Weg“ gezeigt hätten.

Das Geständnis der Angeklagten war die „Krönung“ des Verfahrens, das nicht der Wahrheitsfindung diene, sondern sich erfundener Anklagevorwürfe bediente. Hatte ein Angeklagter in der U-Haftanstalt Hohenschönhausen das Geständnisprodukt des MfS unter dessen Anleitung auswendig gelernt, geriet in der Hauptverhandlung vor dem Obersten Gericht aber ins Stocken, agierte Melsheimer als „Souffleur“ und gab dem Angeklagten ein Stichwort, damit dieser mit dem Abspulen seines Textes fortfahren konnte.

Eine DEFA-Angestellte hat berichtet, dass ihr vor einem Schauprozess ein Manuskript von der Generalstaatsanwaltschaft ausgehändigt wurde, dessen erster Teil aus der Anklageschrift bestand, dessen weiterer Teil jedoch in Rede und Gegenrede die Ausführungen Melsheimers sowie die Antworten des Hauptangeklagten enthielt. Sie beschrieb weiterhin, dass die dann erfolgten Ausführungen im Wesentlichen dem Manuskript entsprachen: „Nach einigen Minuten erschien Generalstaatsanwalt Melsheimer und erklärte, dass er auf eine besonders gute

Berichterstattung der Wochenschau großen Wert lege. Er wolle den Filmleuten insoweit entgegenkommen, als er ihnen wichtige Phasen des Prozesses unauffällig ankündigen werde. In diesem Falle werde er rechtzeitig das vor ihm stehende Glas Wasser erheben, was für die Filmleute das Zeichen sein sollte, die Beleuchtung einzuschalten und sich auf die Aufnahme vorzubereiten.“

Melsheimer war gewiss die zentrale Figur der Schauprozesse der 50er Jahre. Aber auch er musste den Vorgaben der SED Folge leisten und wurde instruiert. Er war deshalb eher „ausführender Arm“ und höriges Werkzeug der SED, nicht „Regisseur“. Ohne Skrupel entwarf er 1955 die Anklageschrift gegen den ersten Justizminister der DDR, Max Fechner, der im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 wegen angeblichen partei- und staatsfeindlichen Verhaltens aus der SED ausgeschlossen und in Untersuchungshaft genommen worden war und schließlich zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Als Generalstaatsanwalt war Melsheimer auch verantwortlich für die Anklagen gegen führende Politiker der Blockparteien. Weil die Angeklagten nicht „geständig“ waren und sich nicht den Vorstellungen der „Regisseure“ fügten, wurden in einem Geheimprozess 1954 der erste Außenminister der DDR, Georg Dertinger (CDU) zu 15 Jahren Zuchthaus, der erste Staatssekretär im Justizministerium, Helmut Brandt (CDU) zu 10 Jahren Zuchthaus und der erste Handelsminister der DDR, Karl Hamann (LDP), als „Saboteur“ zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt.

In den „Revisionisten-Prozessen“ gegen die „Harich-Gruppe“ und gegen die „Janka-Gruppe“ 1957 vertrat Melsheimer persönlich die Anklage, um im Sinne der Parteiführung, die schon im November 1956 die Verhaftung der Beschuldigten angeordnet hatte, sie als „konterrevolutionäre, staatsfeindliche Gruppe“, die „den Frieden und den Bestand der DDR“ gefährdet hätten und die „Errungenschaften des Sozialismus“ untergraben wollten, vorzuführen. Walter Janka (Aufbau-Verlag) wurde von Melsheimer als „notorischer Lügner“ bezeichnet. Der Philosophie-Dozent und Redakteur Wolfgang Harich sprach von einem „gekünstelt wutschäumenden Plädoyer des Generalstaatsanwalts“, der am Ende auf die Angeklagten zeigte und schrie: „Das da sind die Feinde unseres Staates!“

Über die Tonbänder, die während seines Prozesses angefertigt wurden, schrieb Janka später: „Die Tonbänder... enthalten nicht alles. Wahrscheinlich wurden die schlimmsten hysterischen Anfälle und Erpressungsversuche des Generalstaatsanwalts entweder bereits bei der Aufnahme ausgelassen oder später gelöscht. Besonders die Drohungen gegen Paul Merker (1955 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt) waren eliminiert. Sofort nach seinen ersten Sätzen unterbrach ihn der Generalstaatsanwalt: ‚Sie sind nicht geladen, um ein Loblied auf Ihren Freund Janka anzustimmen, der auf der Anklagebank sitzt. Und wenn Sie jetzt nicht die ganze Wahrheit über die Verbrechen

des Angeklagten aussagen, trennt Sie nur noch ein Haar, um wieder auf der Anklagebank zu sitzen.“

Ungeklärt ist, ob dem geschulten Juristen Melsheimer das Unrecht bewusst war, das er - einschließlich der unberechtigten Todesurteile - zu verantworten hat. Sein Lebensweg und beruflicher Werdegang in verschiedenen staatlichen Systemen wirft viele Fragen ohne verlässliche Antworten auf. 1897 an der Saar geboren und in einem bürgerlichen Elternhaus aufgewachsen, erfolgte seine juristische Ausbildung noch im Kaiserreich. Nach dem Prädikatsexamen 1918 arbeitete er in der Weimarer Republik im Preußischen Justizministerium, wo er auch über den Machtwechsel 1933 hinaus tätig war, obwohl er in der Weimarer Zeit der SPD und auch dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehört hatte und weder 1935 im Reichsjustizministerium noch nach 1937 als Richter am Kammergericht der NSDAP beirat. Nach dem Zusammenbruch trat Melsheimer sofort der KPD bei und agierte zunächst als Oberstaatsanwalt in Berlin. 1946 wurde er Vizepräsident der Deutschen Zentralen Justizverwaltung. 1949 wurde er durch die Provisorische Volkskammer einstimmig zum ersten Generalstaatsanwalt der DDR ernannt. Dieses Amt hat er 11 Jahre bis zum seinem Tod 1960 ausgeübt.

In Melsheimers Personalakten und persönlichen Nachlässen befinden sich nicht wenige Manuskripte von Reden und Interviews, die besonders aufschlussreich sind, sich aber auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg beschränken. So hob Melsheimer schon 1945 in einem Rundfunkvortrag die Vorzüge des Instituts der Volksrichter hervor: „Was nutzt es schon, ein studierter Mann zu sein, wenn dieser Mann kein Herz im Leibe, keine Seele in der Brust hat? ... charakterlose Richter des Unrechts! So wie Sie aus dem kaiserlichen Deutschland ohne jede Bedenken hinübergeschliddert sind in die Weimarer Republik, treu und bieder, am Sessel klebend und nach Karriere schielend, so sind Sie von da an mit Biedermannsmiene ins Dritte Reich geschliddert und Pg geworden, ein politischer Soldat des Führers. Nein, meine Herren Pgs, jetzt hat sich's ausgeschliddert! Jetzt braucht Deutschland keine kenntnisreichen, opportunistischen charakterlosen Schlidderer als Richter, es braucht Männer, Männer, die in den vergangenen 12 Jahren der Schmach bewiesen haben, dass sie Recht von Unrecht zu unterscheiden vermögen. Ein Mann aus dem Volke, der mit gesundem Verstand und natürlichem Rechtsempfinden begabt ist,... der wird, auch wenn er keine Rechtsgelehrsamkeit in sich hineingefressen hat, vom Volk tausendmal lieber als Richter anerkannt, als ein Mann, der im Dritten Reich mit allen juristischen Künsten und Kniffen versuchte, aus Recht Unrecht zu machen...“

Dass richterliche Entscheidungen als politische Tat zu gelten haben, hat Melsheimer 1956 wie folgt begründet:

„Der Richter ist nur dem Gesetz und den Prinzipien unserer Verfassung unterworfen. Unabhängigkeit kann aber niemals Entbindung von der Verantwort-

lichkeit für die richterliche Entscheidung bedeuten. Der Richter muss sich stets dessen bewusst sein, dass er im Namen der Werktätigen Recht spricht und dass er ihnen verantwortlich ist. In der richterlichen Entscheidung muss sich die Bereitschaft widerspiegeln, die von der Partei der Arbeiterklasse und von der Regierung gefassten Beschlüsse durchzusetzen.”

Die Quellenlage bestätigt nicht die seit Jahrzehnten verbreitete landläufige Meinung, dass der erste Generalstaatsanwalt der DDR zuvor ein überzeugter Nationalsozialist war, der zwar freiwillig in den NS-Rechtswahrbund eingetreten ist, nicht aber in die NSDAP. Obwohl Melsheimer die Inkarnation für das Unrecht als System in den Anfangsjahren der DDR war, erscheint nicht einmal gesichert, dass er aus tiefstem Herzen Kommunist geworden war.

So protokollierte 1951 eine Parteisonderkommission:

„Genosse M. ist ein guter Jurist, der aber an seiner marxistisch-leninistischen Grundlage noch eifrig arbeiten muss... Genosse M. muss noch an der Überwindung kleinbürgerlicher Überlieferungen, die sich in einer übermäßigen Empfindlichkeit, einem spießhaften Geltungsbedürfnis in der Öffentlichkeit ausdrücken, arbeiten.”

Ernst Melsheimer - wer war das eigentlich? Ein leicht verführbarer juristischer Intellektueller? Ein unpolitischer, biegsamer Opportunist, der sich in jedem staatlichen System loyal verhielt und durch Konformität glänzte? Ein Karrierist, der sowohl in einem demokratischen Staat wie auch im Totalitarismus des NS-Staates und in der SED-Diktatur bedeutende Justizämter bekleidete? Oder einfach nur ein „Mann ohne Gewissen“, ein kommunistischer Justizfunktionär, der politischen Feinden bis zur Selbstaufopferung gegenüber trat, aber sich innerhalb der Partei als abhängiger Befehlsempfänger benahm ohne jegliche Zivilcourage?

Diesen Leitfragen geht die 1977 in Osnabrück geborene Britta Heymann, seit Anfang 2007 als Rechtsanwältin in Hamburg tätig, in ihrer 2005 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angenommenen Dissertation „Ernst Melsheimer (1897 - 1960). Eine juristische Karriere in verschiedenen staatlichen Systemen“ nach. Eine ausschließlich über eine der rätselhaftesten Persönlichkeiten der DDR-Justiz gefertigte Arbeit gab es bislang nicht. Die von der Autorin ausgewerteten Materialien der unterschiedlichsten Archive geben vor allem Aufschluss über den „treuen Diener der Partei“ und seine Mitwirkung an der justizförmigen Ausschaltung und Vernichtung von „Feinden der Partei“. Dass dem Werdegang Melsheimers bis zum Ende des NS-Regimes nur ein Viertel der Darstellung gewidmet wird, ist der Quellenlage geschuldet. Über den „Privatmann Melsheimer“ würde der Leser gern mehr erfahren. Enge Freunde oder Vertraute von ihm konnten indes nicht (mehr) befragt werden.

Hans-Jürgen Grasmann

Harald Bergsdorf

Die neue „Linke“

Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel

Bonn 2008 (Bouvier-Verlag), 239 S., 19,90 €

Gesamtdarstellung mit Untergewichtung der Strategie

Durch die jüngsten Wahlerfolge der Partei „Die Linke“ in den westlichen Ländern deutet sich die Ausweitung der bisherigen Vier- auf eine Fünf-Parteien-Landschaft an. Dies dürfte zukünftig Regierungsbildungen erschweren: große Koalitionen und konfliktbeladene Dreier-Konstellation werden wohl zur Normalität gehören. Mit dieser Einsicht nähert sich der Bonner Politikwissenschaftler Harald Bergsdorf seinem Thema „Die neue ‚Linke‘“. In dem gleichnamigen Buch mit dem Untertitel „Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel“ will er „durchleuchten, woraus bzw. wie sie entstanden ist und welche Veränderungen sowohl inner- als auch außerhalb der Partei ihre jüngsten Erfolge befördert (oder begrenzt) haben“ (S. 16). Dem Autor geht es demnach um eine Gesamtdarstellung, die über alle relevanten Fragen zu „Die Linke“ informieren möchte. Sie soll sich einreihen in notwendige nicht politisch motivierte „unaufgeregte Untersuchungen ohne Über- oder Untertreibungen, kühl und ohne Schaum vor dem Mund“ (S. 18).

Bergsdorfs Arbeit gliedert sich in zwölf Kapitel: Nach einer Einleitung und Begriffsdefinitionen beschreibt der Autor knapp die Geschichte der Partei von der SED über die PDS zu „Die Linke“. Danach geht er auf deren Führungspersonal ein, widmet sich Organisation, Strategie und Ideologie, der Wählerschaft, der Präsenz in den Medien und der Bedeutung ihrer Themen in der Demoskopie. Nach einer Zusammenfassung beendet Bergsdorf sein Buch mit einem Zwölf-Punkte-Programm zur Auseinandersetzung mit der Partei. Bilanzierend konstatiert der Autor: Zwar habe „Die Linke“ nach 1989 einen organisatorischen, personellen und programmatischen Wandel vollzogen, sie sei aber weit davon entfernt, eine lupenreine demokratische Partei zu sein: „Letztlich will die ‚Linke‘ den ‚Kapitalismus‘, also Demokratie und (Soziale) Marktwirtschaft, überwinden“ (S. 196). Um ihren haltlosen Populismus zu entlarven, fordert Bergsdorf eine harte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Positionen der Partei.

Sein Buch liefert dazu eine Reihe von Argumenten und Einschätzungen. Gerade hinsichtlich der Informationsdichte und Materialfülle verdient es Aufmerksamkeit. Verwunderlich ist allerdings die etwas merkwürdige Gewichtung: Die Aussagen zum Führungspersonal beschränken sich auf Bisky, Gysi und Lafontaine, über Organisation und Strategie findet man jeweils zehn Seiten, zur Ideologie über fünfzig Seiten, dafür sind es zu den Wählern wieder nur fünf Seiten. Insofern wirkt der Band

hier und da fragmentarisch und unvollständig, was möglicherweise auch das Fehlen von wichtigen Aspekten erklärt. So hätte die unterschiedliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft in Ost und West größere Aufmerksamkeit verdient, entstammen doch die überwiegend älteren Angehörigen von „Die Linke“ noch der SED. Zum Verständnis der Partei genügt es auch nicht, nur die drei medienbekanntesten Akteure genauer vorzustellen. Zu einem differenzierten Bild gehören auch Portraits von Brie, Ramelow oder Wagenknecht.

Einleitend distanziert sich Bergsdorf von Darstellungen über die Partei, welche von „politischen Präferenzen“ (S. 16) dominiert seien. Dies gilt aber leider auch für sein Buch, das bei aller Berechtigung im Kern seiner Argumentation doch mitunter eindimensional und pauschalisierend ausgerichtet ist. Hinzu kommen polemische Bemerkungen, welche nicht in ein nüchternes Sachbuch gehören. Was soll etwa die Formulierung: „... ihre ‚Diagnosen‘ und ‚Therapievorschläge‘, die gegen den Tatbestand der Volksverdummung verstoßen ...“ (S. 210) in einem sich letztendlich doch als wissenschaftlich verstehenden Buch. Derart holzschnittartige Einschätzungen und Übertreibungen gehören allenfalls in die Wahlkampf-Broschüre einer gegnerischen Partei. Gerade durch den Mangel an Differenzierung und Nüchternheit geraten die durchaus zutreffenden inhaltlichen Aussagen zu den demokratietheoretisch bedenklichen Aspekten der Partei aus dem Blickfeld. Dem wichtigen aufklärerischen Anliegen des Autors hätte weniger Eifer gut angestanden.

Armin Pfahl-Traugher

Leonard Landois

Konterrevolution von links

Das Staats- und Gesellschaftsverständnis der ‚68er‘
und dessen Quellen bei Carl Schmitt

Baden-Baden 2008 (Nomos-Verlag), 299 S., 59 €

Anlässlich einer runden Wiederkehr des Jahres 1968 erscheinen regelmäßig Publikationen zu der seinerzeitigen Protestbewegung: Die eine Seite beklagt deren Wirken, sieht man doch in ihr die Hauptursache für den kulturellen und politischen Erosionsprozess in der Gesellschaft. Die andere Seite huldigt die Achtundsechziger, gelten sie doch als die eigentlichen geistigen Begründer der Demokratie. Zwischen diesen beiden Polen tobt dann eine emotionale Debatte ohne neuere Deutungen und Perspektiven. Einen innovativen Blick auf die Protestbewegung will demgegenüber der Würzburger Historiker und Politikwissenschaftler Leonard Landois werfen. Seine Studie „Konterrevolution von links. Das Staats- und Gesellschaftsverständnis der ‚68er‘ und dessen Quellen bei Carl Schmitt“ spürt dem Einfluss des bedeutenden Staatsrechtlers nach. Dieser gehörte seinerzeit

zu den publizistischen Gegnern der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik und galt zeitweilig als „Kronjurist des Dritten Reichs“. Doch welche Gemeinsamkeiten gibt es mit den Achtundsechzigern?

Dieser Frage will Landois mit einem Vergleich der jeweiligen zeitgenössischen Quellen Carl Schmitts und Rudi Dutschkes in den fünf Kapiteln seiner Arbeit nachgehen. Zunächst steht das Verständnis des Mythos als moralischer Quelle revolutionärer Ideen im Zentrum, wobei insbesondere dem voluntaristischen Faktor Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dem folgt eine Auseinandersetzung mit der Befreiung des Ich aus dem Bewusstsein der Negation, verbunden mit der Hervorhebung des Determinismus und Existentialismus in beiden geistigen Spektren. Hier folgt eine Auseinandersetzung mit der Kritik am Parlamentarismus, die sich auch dem gegenseitigen Ausspielen von Legalität und Legitimität widmet. Danach geht es um die Bedingtheit der Gewalt im Wesen der Politik, wobei auch die angeblich moralische Pflicht zur Gegenwehr angesprochen wird. Und schließlich widmet sich die Arbeit dem Bild vom neuen Staat, der die Form eines Genossenschaftsmodells und einer Ratedemokratie angesichts von politischer Homogenität und Identität in der Gesellschaft annehmen konnte.

Bilanzierend bemerkt Landois: „Dutschkes sittliches Programm zur Rettung der letzten bürgerlichen Prinzipien muss in der Traditionslinie der konservativen Systemkritik Carl Schmitts als Schutzschild eines christlich verankerten Autoritarismus gedeutet werden, der die Gesellschaft vor der sich beschleunigenden Tendenz des alles und jeden vereinnahmenden Nihilismus schützen hatte wollen.“ Und weiter: „Denn so wie Carl Schmitts ‚Begriff des Politischen‘ als Wegbeschreibung in einen autoritären Staat gelesen werden muss, folgte den rebellierenden Studenten ihrem modernen ‚sozialen Mythos‘ zwangsläufig der terroristische ‚Widerstand‘ einer RAF. Der ursprüngliche Antiautoritarismus fiel sich dabei selbst zum Opfer und ebene den Weg zur Selbstzerstörung ... Wie bereits in der ‚Konservativen Revolution‘ hatten die ‚68er‘ ihren Anfang und Kern in den ganz wesentlichen Fragen nach der kritischen Selbstsicht des Menschen, nach dem ideellen Gehalt seines Tuns und dessen metaphysische Bindung an Gott“ (S. 247f.).

Insbesondere bei Johannes Agnoli und Hans-Jürgen Krahl, zwei bedeutenden Theoretikern der Achtundsechziger, fielen immer wieder Anklänge an Argumentationsmuster von Carl Schmitt auf. Daher war eine detaillierte Untersuchung dieses Einflusses mehr als nur überfällig. Landois kann damit verbundene Erwartungen aber nur in Ansätzen erfüllen. Dafür gibt es drei Gründe: Er holt in den einzelnen Kapiteln ideengeschichtlich weit aus, verkoppelt die referierten Inhalte dann aber nicht mit seinem eigentlichen Analysethema. Das Fehlen einer genau entwickelten Fragestellung und eines darauf bezogenen Untersuchungsrahmens lässt die Ausfuhnungen außerdem fragmentarisch und unsystematisch erscheinen. Darüber hinaus konzentriert der Autor sich auf eine vergleichende Betrachtung mit Dutschke, obwohl dieser

sich an keiner Stelle seiner Veröffentlichungen direkt auf Schmitt berufen hatte. Dies räumt der Autor in einer Fußnote (vgl. S. 22, Fn. 36) selbst ein, ohne aber die daraus entstehenden methodischen Probleme stärker zu thematisieren.

Und schließlich stellt Landois bei den vergleichenden Betrachtungen zur Ideologie mehr auf formale und

weniger auf inhaltliche Gemeinsamkeiten ab. Nur so erklären sich kaum nachvollziehbare Aussagen wie: „So entwickelte Dutschke zwar ein dem Namen nach rätendemokratisches Konzept, doch entsprach dieses im Kern und der praktischen Ausgestaltung nach dem Genossenschaftsmodell völkischer Staatsrechtler innerhalb der ‚Konservativen Revolution‘ der 20er und 30er Jahre“ (S. 220f.). Inhaltlich bestanden hier doch grundlegende Unterschiede, die eine solche Einschätzung nach formalen Kriterien ausblendet. Ähnliches gilt für andere kritikwürdige Aspekte der Studie: Durchaus zutreffend verweist Landois darauf, dass den Achtundsechzigern ein identitäres Gesellschaftsbild eigen war. Doch dürfte der geistige Anknüpfungspunkt mehr bei Rousseau und weniger bei Schmitt zu finden sein. Hier verliefen die Linien ideengeschichtlicher Kontinuitäten doch sicherlich nicht so kausal wie von dem Autor behauptet.

Armin Pfahl-Traugher

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *

* * * * *



*Unseren Lesern,
Freunden und Mitgliedern
wünschen wir ein
schönes Weihnachtsfest
und ein gesundes
neues Jahr!*

HERAUSGEBER UND REDAKTION